

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6 Spalten, Colonne für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seifenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Schon müde?

Sind sie schon verblüht, die Flammenkeber,
Die einst bu langst, da du, zum Kampf zu schreiten,
Dich gürtest? Sinkt deine Hand schon nieder,
Die stark du hobst zu hohem, erstem Streiten?
Der dicke Sang, den du bereinst gehört,
Der tief und werbend an dein Ohr gedrungen,
Der dich aus deinem Schlummer sah gestört
Zu heil'ger Tat, ist er denn schon verklungen?
Der Sang von Menschensünde, Menschennut,
Von schwerer Feind und feberheißem Ringen,
Von blutigem Schwelge und von hartem Brot,
Hörst du die alte Weise nicht mehr klingen?
Wohl klingt sie fort! Solange in dunklen Gassen
Noch Brüder etwas, heimatlos verberben,
Die lebensroten Rosen still verblühen
Und weiße Blumen an dem Wege sterben.
Solange weint das Menschentum auf Erden.
Und du, mein Freund, du willst schon müde werden?
(Joseph Hagfried, Leiter, in den Soz. Studentenblättern.)

Zur zweiten Lesung der Reichsversicherungsordnung.

Das sozialpolitische Barometer steht auf Sturm. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so wird die Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung, deren Beratung in zweiter Lesung nach den Osterferien stattfinden soll, nicht unerheblichen Schwierigkeiten begegnen. Die Sozialdemokratie bereitet sich vor, dem Gesetze die schärfste Opposition zu machen, und nach der Tonart zu schließen, welche die sozialdemokratische Partei und ihre Gewerkschaftspresse anschlägt, wird wohl alles versucht werden, um die Reichsversicherungsordnung zu werfen. Inwiefern diesem Bestreben Unterstützung gegeben wird von anderen Parteien im Reichstag, ist nicht zu übersehen. Zweifellos wird das schwierige Gesetzgebungswerk nur dann zustande kommen, wenn eine geschlossene starke Mehrheit der sozialdemokratischen Opposition gegenübersteht. Ob sich eine solche feste Mehrheit finden wird, können erst die Beratungen selbst ergeben. Die Erledigung eines Gesetzes von 1700 und mehr Paragraphen, zu dem in den drei Lesungen, welche die Kommission gehalten hat, über 8000 Änderungsanträge gestellt worden sind, bietet einer opponierenden Gruppe genügend Handhaben, um die Beratung bis Ultimo hinauszuschieben, das Parlament zu ermüden und schließlich durch Durchführung von Zufallsabstimmungen dasselbe zu werfen.

Es braucht also eigentlich seitens der Sozialdemokratie keine Obstruktion gemacht zu werden wie bei a. J. 1907; es bedarf nur der ausgiebigen Ausnutzung der Geschäftsordnung. Das einzige Mittel, das eine Mehrheit demgegenüber hat, ist Abkürzung der Debatten. Aller Voraussicht nach wird es hierüber wohl noch zu schweren Auftritten im Reichstag kommen.

Zweifellos enthält das Gesetz manche Bestimmungen, welche die eine oder andere Partei, je nach ihrem Standpunkt, nicht gerade als angenehm empfindet. Gesetze kommen in der Regel nur auf dem Wege des Kompromisses zustande. Weber eine Partei ist in der Lage, im Reichstag allen anderen Parteien ihren Willen aufzuzwingen, noch ist eine Mehrheit in der Lage, der Regierung ihren Willen aufzuzwingen, am allermeinsten bei sozialpolitischen Gesetzen. Die Reichsversicherungsordnung ist ein reiches Kompromiß. Keine Partei dürfte sagen, daß in ihr alle diejenigen Wünsche berücksichtigt sind, die sie glaubt stellen zu müssen. Und auch wir von unserem Standpunkte der Arbeiterinteressen aus müssen bei aller Anerkennung für die großen materiellen und sachlichen Fortschritte, die das Gesetz enthält, bekennen, daß manche Bestimmungen desselben es uns äußerst schwer machen, demselben mit Freuden zuzustimmen. Indes — der Gewerkschaftler ist ja meistens in die Notwendigkeit versetzt, von den Forderungen und Wünschen, die er aufstellt, ganz erhebliche Abstriche machen zu müssen, wenn die Widersprüche gegen das gesteckte Ziel sich als zu stark erweisen. Fast jede Lohnbewegung schließt mit einem Kompromiß ab, in dem wir auch vieles zugeben müssen, und wie viele schließen scheinbar ohne Erfolg ab. Und doch hat die Gewerkschaftsbewegung vermocht, mit zäher Ausdauer kleine Erfolge aneinander zu reihen, die Lage der arbeitenden Klassen im Laufe der Zeit ganz erheblich zu verbessern. Warum sollten wir nicht den Maßstab der gewerkschaftlichen Kritik auch an die Versicherungsordnung legen. Von diesem Gesichtspunkt aus wird abzumachen sein, welche Vorteile das Gesetz bietet und welche Nachteile entstehen könnten. Ueber die materielle Seite dieser Frage werden wir demnächst aus sachkundiger Feder eine Reihe von Artikeln bringen. Aber schon heute verdient festgestellt zu werden, daß im allgemeinen das Gesetz erhebliche materielle Fortschritte bringt.

Aber die Witwen- und Waisensicherung ist ein so kolossaler Fortschritt in der sozialen Ver-

sicherung, daß die kleinliche Kritik an der ungenügenden Höhe der Renten sich mäßigen sollte. Steht Deutschland mit seiner sozialen Versicherung schon an und für sich an der Spitze aller Kulturländer, so überholt es durch die Einführung der Witwen- und Waisensicherung alle anderen Länder wieder um ein beträchtliches. Nicht minder hoch ist einzuschätzen die Einbeziehung der Landarbeiter, Dienstboten und Heimarbeiter in die Krankenversicherung. Es werden ca. sieben Millionen Menschen erneut die Wohlthaten der gesetzlich öffentlichen Reichs-Krankenversicherung zuteil werden. Die Invalidenversicherung erhält durch Einführung der Ruhebrenten eine schätzenswerte Erweiterung. Ob die Neuordnung des Rechtsverfahrens ein Fortschritt ist gegenüber dem bisherigen Zustand, darüber sind sich die sozialjuristischen Sachverständigen allerdings nicht einig. Gleichwohl sind auch hier wesentliche Verbesserungen erzielt worden, die der soziale Praktiker schätzen soll. In organisationsmäßiger Hinsicht sind gewiß nicht alle Wünsche, besonders bezüglich der Zentralisation der Krankenkassen erfüllt worden. Aber auch hier ist mit der Einschränkung der Betriebskrankenkassen, gegen welche die Industriellen gegenwärtig Sturm blasen, ein Fortschritt erzielt.

Das ist aber schließlich die Hauptsache, was zählbar und messbar für die Armen des Volkes bei diesem Gesetz herauspringt. Und wer seinen Blick gerichtet hält auf die größere Fürsorgemöglichkeit für Witwen und Waisen, für die Landarbeiter, bei denen bisher die ärztliche Versorgung, wie auch die Fürsorge für die erwerbslosen Tage vollständig fehlte, der wird, so schwer es ihm grundsätzlich ankommen mag, Unvollkommenheiten des Gesetzes mit in den Kauf nehmen müssen. Das möchten wir gesagt haben, ohne uns in allen Teilen festzulegen. Die jungen Abgeordneten im Reichstag, die unserer christlichen Arbeiterbewegung näher stehen, verdienen die Anerkennung, daß sie mit Energie, Fähigkeit und Geschicklichkeit die Interessen der Arbeiter bei den schwierigen Beratungen in den Kommissionen vertreten haben und wird ihnen mancher Beschluß nicht leicht geworden sein. Das zeigt schon die Tatsache, daß sie sehr oft gegen die Mehrheit der eigenen politischen Partei gestimmt haben. Heute begnügen wir uns damit, die Aufmerksamkeit unserer Leser hinzuweisen auf die kritischen Punkte, um bereitwillig die Sozialdemokratie eine so starke Opposition ankündigt.

II.

Die erste Schwierigkeit bilden die Landkrankenkassen. Materiell ist die Landkrankenkasse nach den Beschläffen der Kommission besser wie die bisherige Gemeindeversicherung, die ja jetzt vollständig aus dem Gesetz verschwinden wird. Daß man den eigenartigen Bedürfnissen und Verhältnissen der ländlichen Bevölkerung hierbei Rechnung tragen mußte, versteht sich von selbst. Die Landwirtschaft läßt sich nicht in allen Punkten einfachhin über einen industriellen Vorläufer schlagen. Angefochten wird ganz besonders die Organisation der Landkrankenkassen. Die Kommission hat in ihrer ersten Lesung beschlossen, daß die Vorstände der Landkrankenkassen in einem gleichen Wahlrecht wie bei den anderen Krankenkassen gewählt werden sollen. Die Regierung hat dem, gestützt durch die konservativen Parteien, erheblichen Widerstand entgegengesetzt, der schließlich dazu führte, daß Wahlrecht fallen zu lassen. Nach dem jetzigen Beschluß sollen die Vorstände der Krankenkassen gewählt werden durch die Kreisstage resp. die Kreisversammlungen, also die erweiterten Gemeindevertretungen. Die Ursache des Widerstandes seitens der Regierung liegt im wesentlichen in der Befürchtung, daß durch die Einführung allgemeiner Wahlen zu den Krankenkassen die politische Verberbung in die Kreise der Landarbeiter getragen wird durch die Sozialdemokratie. Es ist also ein politischer Grund, dem man vom Standpunkte der Versicherten aus allerdings entschieden widersprechen muß. Wenn man auf dem Lande das Eindringen der Sozialdemokratie verhindern will, wird man nicht an einer Organisation der Landarbeiter selbst vorbeigehen. U. E. würde gerade eine solche Wahlmöglichkeit ein guter Resonanzboden für die soziale Erziehung der Landarbeiter bilden, die leider Gottes jetzt arg vernachlässigt wird. Inbes, wenn man vor die Frage gestellt wird, die Landkrankenkassen scheitern zu lassen an der Frage des Wahlrechts, so möchten wir die materielle Fürsorge, die die Landlassen bieten, höher einschätzen, wie das Recht, die Vorstände zu wählen. Auch so wird das Landkrankengesetz auf die Landarbeiter aufträufeln wirken. Und früher oder später wird man das Wahlrecht auch in diesen Kreisen einführen müssen. Ob allerdings der Kreisauschluß, der im letzten Grunde nur der Willensvollstrecker des Landrates ist, ein geeignetes Organ ist für die Verwaltung der Landkrankenkasse, erscheint zweifelhaft. Die Praxis muß hier die Lehreinheit sein. Das Gesetz gibt übrigens den Einzelstaaten das Recht, in ihrem Bereich oder auch für bestimmte Bezirke den Landkrankenkassen das Wahlrecht zu verleihen. Um dieser Unvollkommenheit willen, die wir durchaus nicht gering einschätzen, die Reichsversicherungsordnung abzulehnen, nachdem sie unter anderen Umständen nicht zu haben ist, wäre ein großes Unrecht gegen die Landarbeiter.

III.

Der zweite kritische Punkt, der bedeutend erheblicher ist, wie der erste, und der wohl den Kernpunkt der sozialdemokratischen Opposition bildet, ist die Aenderung in den Befugnissen der Vorstände der Ortskrankenkassen. Bekanntlich wollte die Regierung ursprünglich die Hälfte der Beiträge zahlen und auch zu gleichen Teilen im Vorstand vertreten sein. Die Regierung hat anfangs angekündigt, daß das Gesetz ohne diese Hälfte für sie nicht annehmbar sei. Sie hat in diesem Punkte nachgegeben, nachdem wenigstens in der Wahl der Vorstehenden und der Krankenkassenbeamten eine Aenderung des bisherigen Zustandes vorgenommen worden ist. Die Lage ist jetzt folgendermaßen:

Der Rassenvorstand besteht aus einem Drittel Arbeitgeber und zwei Drittel Versicherter. Für die Wahl gilt die Verhältniswahl. Soweit die materiellen Leistungen der Krankenkassen in Betracht kommen im Rahmen des Beitragsmaximums, gilt für die Beschlussfassung wie bisher die einfache Majorität. Der materielle Ausbau der Kasse, die Regelung der Mehrleistungen über das gesetzliche Maximum hinaus usw. unterliegt also nach wie vor dem einfachen Mehrheitsbeschluss, der den Versicherten unter allen Umständen die Majorität sichert. Eine Aenderung ist nur eingetreten in der Wahl der Rassenvorstehenden und der Rassenbeamten. Das Gesetz will, daß hier eine Verständigung zwischen Arbeiter- und Arbeitgebervertretern erfolgen soll. Der Rassenvorsteher soll nur als gewählt gelten, wenn er die Hälfte der Stimmen der Arbeitgeber und der Versicherten im Vorstand auf sich vereinigt. Kommt eine solche Wahl nicht zustande, hat das Versicherungsamt das Recht, einen Vertreter zu ernennen, bis sich die Parteien geeinigt haben. Für die Anstellung der Krankenkassenbeamten soll folgender Modus gelten: Die Anstellung eines Beamten soll erfolgen, wenn mindestens die Hälfte der Arbeitgeberstimmen und die Hälfte der Stimmen der Versicherten im Vorstand auf ihn fallen. Kommt ein Beschluß nicht zustande, soll die Abstimmung nach einem bestimmten Zeitraum wiederholt werden. Wird auch dann keine Einigung erzielt, soll eine erneute Abstimmung im Vorstand stattfinden und der Beamte als gewählt gelten, wenn er mehr als zwei Drittel der Stimmen der anwesenden Vorstandsmitglieder (Arbeiter und Arbeitgeber) auf sich vereinigt. Kommt auch auf diese Weise kein Beschluß zustande, so hat das Versicherungsamt das Recht, selbst die Kassenbeamten zu bestellen auf Widerruf. Ist innerhalb eines Jahres noch keine Einigung im Vorstand erzielt, so kann das Versicherungsamt, mit Genehmigung des Oberversicherungsamtes die Stellen endgültig besetzen.

Der Zweck dieser Bestimmungen ist, aus den Krankenkassen die Parteiwirtschaft auszumerzen und fernzuhalten. Wenn die Sozialdemokratie sich über diesen Beschluß außerordentlich aufregt, so verrät sie schon ihr schlechtes Gewissen. Sie trägt indirekt die Schuld und die Verantwortung für diese Einigung des Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter. Wir werden uns vorbehalten, zur gegebenen Zeit unsere umfangreichen Materialien zu veröffentlichen, die den Nachweis bringen, mit welcher Schamlosigkeit die sozialdemokratischen Rassenmehrheiten gewirtschaftet haben. Mit dem materiellen Versicherungsrecht haben diese Bestimmungen des Gesetzes wenig oder gar nichts zu tun. Die Krankenkassen sind öffentliche Reichseinrichtungen. Es ist nicht jedem ins Belieben gestellt, der Kasse beizutreten oder nicht, sondern der Arbeiter wird von Gesetzeswegen gezwungen, den Krankenkassen beizutreten, und die Arbeitgeber werden von Gesetzeswegen gezwungen, ein Drittel der Beiträge zu leisten. Der Arbeitgeber hat deshalb auch die Pflicht, Fürsorge zu treffen, daß die öffentlich-rechtlich neutrale Institution der Krankenkasse nicht zum Zummelplatz für politische Agitation bestimmter Richtungen in der Arbeiterbewegung wird. Der Versicherungszeit selbst ist ein so großer und idealer Gehalte, daß er nicht durch politische Strömungen seinem Zweck entfremdet werden sollte. Nur die Sozialdemokratie in ihrer ganzen Klassenkämpferischen Natur hat Interesse daran, daß es anders ist. Ihre Praktiker sind es denn auch, wie schon gesagt, die diese Bestimmungen veranlaßt haben. Wenn also die sozialdemokratische Presse über die Entziehung der Arbeiter, über den Raub an dem Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen zerrt, so ist das eine Verleumdung der Tatsache. Es handelt sich darum, das Verwaltungsrecht der Arbeiter sicher zu stellen gegen Mißbrauch und Intoleranz. Wir sind keine Freunde solcher Bestimmungen. Gerechtfertigt können sie nur werden, wenn der bisherige Zustand unhaltbare Mißstände ergeben hat. Darüber wird, wie gesagt, noch ein weiteres Wort zu reden sein.

IV.

Ein dritter kritischer Punkt ist die im Einführungsge-
setz für die Versicherungsordnung vorgesehene Annul-
lierung der geltenden Verträge mit den
Krankenkassenbeamten. Nach dem Gesetz wird
eine Dienstordnung für die Krankenkassenbeamten auf-
gestellt. Diefelbe bedarf der Genehmigung des Oberver-

sicherungsamtes. In dieser Dienstformung sind direkt die Dienstverhältnisse der Angestellten geregelt, z. B. die Zahl der Beamten, die Art der Anstellung, Aufstiege in höhere Stellen, Beförderungspunkte, die Bestimmungen über die Kündigung, Entlassung und Festhaltung von Strafen. Die Oberverwaltungsbehörde hat Bestimmungen zu erlassen, die die Befähigung der mit der Kassen- und Rechnungsführung beauftragten Beamten ordnet. Die Dienstformung soll in Kraft treten ein Monat nach ihrer Publikation durch das Oberverwaltungsamt. Auf diesem Umwege werden alle geltenden Verträge der Krankenkassenbeamten aufgehoben. Dieser Schritt ist nicht unbedenklich. Ganz gewiß hat der Gesetzgeber die Möglichkeit, durch ein Gesetz bestehende Rechtsverhältnisse, insbesondere auch Verträge zu annullieren. Aber solch ein Schritt unterliegt doch erheblichen Bedenken, er erschüttert das Rechtsbewußtsein und die Rechtsfähigkeit, zumal im Gesetz keinerlei Übergangsvorschriften vorgesehen sind. Das Einführungs-gesetz wird gleich nach der Osterferien in erster Lesung beraten werden und dann in die Kommission gehen. Wir hegen die Erwartung, daß die Kommission Mittel und Wege finden wird, um die Frage in der oben und gerechten Lösung entgegenzubringen. Auch wenn noch so erhebliche Mißstände auf einem Gebiet vorliegen, so soll man dreimal überlegen, bevor man mit einem Federstrich alte Vertragsverhältnisse, die im guten Glauben gegeben und genommen sind, unterwirft. Aber auch hier muß festgestellt werden, was die eigentliche Ursache zu diesem ganz auffallenden Schritt der Regierung ist. Und diese Ursache ist wiederum ausschließlich auf das Konto der sozialdemokratischen Krankenkassenverbände zu setzen.

Im Jahre 1906 ist in einer Konferenz der sozialdemokratischen Krankenkassenbeamten in Düsseldorf ein Vertragsmuster aufgestellt worden, nach dem die Anstellung der Beamten an den Krankenkassen erfolgen sollte. Es sind nach diesem Vertragsmuster z. B. massenhaft die Beamten angestellt. Auf einen Einspruch des Magistrats und der Stadt Spandau gegen die Anstellung der Beamten an der Krankenkasse der Handwerker haben sich die Gerichte mit der Angelegenheit befaßt, und am 21. März 1910 fällt das Oberverwaltungsgericht ein Urteil, nach dem der Vertrag als wider die guten Sitten verstößend für rechtsungültig erklärt wurde. (Wir werden diese Angelegenheit noch in einem besonderen Artikel besprechen. A. Red.) Auf Grund dessen wurden bei der Krankenkasse die Verträge abgeändert. Eine Anzahl Kassen hatten schon vorher selbstständig den Mustervertrag geändert, weil ihnen die Bestimmungen desselben zu ungenehmigend waren. Diese Vorgänge haben die Regierung veranlaßt, im Einführungs-gesetz mittelst der Dienstformungsvorschriften die bestehenden Verträge sämtlich zu annullieren. Es sei noch hinzugefügt, daß bei dieser Gelegenheit sich herausgestellt hat, daß einzelne Kassenbeamte außerordentlich hohe Gehälter beziehen, die weder mit den Arbeitsleistungen, noch mit der Vorbildung der Beamten zu rechtfertigen sind. Es darf nun wohl erwartet werden, daß der Reichstag einen Weg findet, wie die wohlverdienten Rechte der Beamten an den Krankenkassen geschützt und gleichzeitig Mißbräuche in der Anstellung der Beamten verhindert werden können.

Wir resümieren nun zum Schluß dahin: die umstrittenen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung, die wir hier gezeichnet haben, erscheinen im Einzelnen und im Zusammenhang nicht erheblich genug, um deshalb das ganze Reformwerk der Reichsversicherungsordnung zum Scheitern zu bringen. Wir halten weder die Regelung der Landbesitzerfrage noch die Bestimmungen über die Wahl der Vorstehenden und Beamten der Krankenkassen für eine glückliche und ideale. Bezüglich der Anstellungsverträge erwarten wir einen billigen Ausgleich. Vor die Frage gestellt, ob wir die Verantwortung für das Scheitern des Gesetzes tragen wollten, falls in den beiden kritischsten Punkten eine Forderung nicht erfolgen sollte, müßten wir eine solche Verantwortung rundweg ablehnen. Die materielle Fürsorge für die Witwen und Waisen für Landarbeiter, Dienstboten und Heimarbeiter und Verbesserung der Invalidenrente ist wichtiger und bedeutungsvoller als die Mängel in der

Organisation der Institute selbst. Dreizehnen bürgerlichen Parteien, welche der zu erwartenden Obstruktion der Sozialdemokratie lässig gegenüberstehen und dadurch das Scheitern des Gesetzes herbeiführen, würden sich nicht den Dank der national-gefinnten Arbeiterschaft verdienen, im Gegenteil, sich einer schweren Verantwortung schuldig machen. Von der Sozialdemokratie ist eine lokale Haltung dem Gesetz gegenüber keineswegs zu erwarten. Dieses Gesetz wird gegen die Sozialdemokratie gemacht werden müssen, wie alle bisherigen Versicherungs-gesetze.

Zur Lage der staatlichen Hüttenarbeiter Bayerns.

Zeit jeher war unser Verband bestrebt, besonders auch die Lage der lange vernachlässigten Arbeiterschaft der schweren Industrie durch entsprechende Maßnahmen zu heben und zu bessern. Auch in unserm Verbandsorgan wurden immer und immer wieder die unhaltbaren Zustände, unter welcher diese Arbeiterkategorie vielfach zu leiden hatte — und noch leidet — ans Licht gezogen und das soziale Gewissen der Öffentlichkeit geschärft. Manches ist besser geworden, noch mehr bleibt zu besser übrig. Immer wieder werden wir veranlaßt, Wünsche und Beschwerden der Hüttenarbeiter zu verketen.

Auch die Arbeiterschaft der staatlichen Hüttenwerke Bayerns ist nicht auf Rosen gebettet. Am 20. Dezember 1910 richteten die Hüttenarbeiter durch unser Münchener Bezirkssekretariat eine Eingabe an die Generaldirektion mit dem Wünsche, für das Jahr 1910 eine Teuerungszulage von 50 Mk. und ab 1. Januar 1911 eine Zulage von 5 Mk. monatlich zu gewähren. In der Begründung wiesen die Kollegen darauf hin, daß die bereits erfolgte Neuregelung der Löhne nur sehr wenigen Arbeitern zugute gekommen sei, da die übergroße Mehrzahl in Afford arbeite. In Ubergang betrug der Durchschnittslohn im Jahre 1908 1073 Mk., während er im Jahre 1909 auf 1059 Mk. zurückging. Zur mündlichen Vertretung der durchaus berechtigten Wünsche sind dann am 25. März die Kollegen Landtagsabgeordneter Bauer und Bezirksleiter Wagner-Münchener beim Herrn Generaldirektor Rubelsh vorstellig geworden. In behutsamer Unterbrechung wurden die Wünsche der Kollegen in den staatlichen Hütten besprochen und die schon in der Eingabe niedergelegte Begründung weiter erläutert und ergänzt. Nach einer angelegten Erhebung durch Fragebogen ergab sich für Ubergang pro Monat Mai 1910 ein Durchschnittslohn von pro Arbeiter 79,95 Mk. und pro Monat August ein solcher von 91,95 Mk. Da die hier angeführten Summen Durchschnittslöhne für die angegebene Periode sind, ist zu berücksichtigen, daß ein Teil der Arbeiter sich mit einem noch niedrigeren Lohne begnügen mußte.

Es liegt uns gewiß fern, die angeführten Zahlen für die Lohnverhältnisse auf den lgl. Hütten zu verallgemeinern. Wenn aber seitens der Generaldirektion darauf hingewiesen wird, daß die Durchschnittslöhne in den letzten Jahren gestiegen seien, so sind demgegenüber die eben angeführten Ergebnisse der in Ubergang angestellten Enquete doch sehr beachtenswert. Vor allem sollte man aber nicht außer acht lassen, daß sich die Lebenshaltung in den letzten Jahren auch wesentlich verteuert hat; zudem wird ein etwa durch Ueberarbeit erzielter Mehrerwerb durch notwendigen Mehraufwand in der Haushaltung wieder aufgebraucht. Auch der schwere Konkurrenzkampf, den die staatlichen Werke um ihre Existenz führen müssen, ist u. E. kein Grund, der Arbeiterschaft, die so dringend notwendige Lohnausbesserung zu verweigern. Den schweren Stand, den die Werke der Konkurrenz gegenüber haben, verstanden neben der ungünstigen Lage vor allem wohl die alten verknöcherten Betriebs-einrichtungen. Die durch diesen Umstand verschärfte ungünstige Position auf Kosten der Arbeiterlöhne auszugleichen, wäre aber wohl das ungünstigste Experiment, was man machen könnte.

Auch die Arbeiterschaft der lgl. Hüttenwerke bringt deren gegenüber Entwidlung und Prosperität alles Interesse entgegen. Sie ist der Ansicht, daß deshalb die Generaldirektion alles daran setzen sollte zur Bewilligung der Mittel, um die Betriebe technisch auf die Höhe zu bringen — und durch Gewährung eines ausreichenden Lohnes für die Erhaltung eines körperlich und geistig rüstigen

Arbeiterstandes zu sorgen, der dann auch seinerseits alles tun wird, um den Bestand der Werke im Konkurrenzkampf mit der Privatindustrie zu sichern.

Nach der Versicherung des Herrn Generaldirektors, wird seitens der Generaldirektion alles getan werden, um die Wünsche der Arbeiterschaft so weitgehend wie möglich zu realisieren; man sei zur Zeit daran, Material für den Landtag zu sammeln. Sodann wurden die besondern Wünsche der Kollegen der einzelnen Werke besprochen. Die Kollegen von Wobbenwohr hatten sich über ihren Übermeister beschwert. Demgegenüber erklärte Herr Oberbergatt Meindl: Dieser Herr habe einmal eine etwas schroffe Sprache an sich und da es sich gerade um die Einführung von Neuerungen in der Gießerei handle, müsse dort auch notwendig ein anderer Geist, wie bisher, einziehen. Dem wurde unsererseits entgegengehalten, daß auch wir gegen den Einzug eines anderen, um Interesse des Betriebes liegenden Geistes nichts einzubringen haben — allein, mit dem „Geist“ und der bislang bestehenden Art und Weise des Herrn Übermeisters, könne sich eine Arbeiterschaft, die noch etwas auf sich halte, nie und nimmer abfinden.

In Amberg, Weierhammer, Bergen, Eichstätt und Sonthofen lassen ebenfalls die Behandlung der Arbeiterschaft und die sonstigen Arbeitsverhältnisse noch manches zu wünschen übrig. Mit etwas gutem Willen könnte hier noch sehr viel gebessert werden. In Sonthofen ist besonders noch die ewige Kalamität mit der Lohnzahlung zu beklagen. Der 1. des Monats ist für den Arbeiter der Tag, an dem u. a. die Miete fällig wird und gezahlt werden soll — am 4., 5. oder gar erst am 8. im Monat aber erhält er seinen verdienten Lohn. Man sollte doch annehmen, einem Werke mit etwa 200 Arbeitern, wo noch dazu auf jeden siebenten Arbeiter ein Beamter kommt, wäre es ein Leichtes, dem berechtigten Wunsche der Arbeiter nach wöchentlichem Lohnzahlung zu entsprechen. Wohl hat man den Arbeitern das Recht gegeben, während der 14-tägigen Lohnperiode eine Abschlagszahlung zu verlangen, allein, in der Praxis macht man lieber Schanden, als daß man sich bezweigen den obligatorischen Vorhaltungen seitens der Beamten aussetzt. Hoffen wir, daß der Landtag in dieser Hinsicht endlich einmal Remede schafft.

Bezüglich der §§ 14 und 16 der gemeinsamen Arbeitsordnung vertritt die Generaldirektion, für eine gerechte Durchführung Sorge tragen zu wollen. Ebenso ist man zur Zeit daran, die traurigen hygienischen Verhältnisse durch durchgreifende Neuerungen zu bessern. Auch die übrigen, vorgetragenen Mißstände sollen beseitigt und die Wünsche der Arbeiterschaft in weitestmöglichem Maße Berücksichtigung finden. All die einzelnen Punkte der Unterbreitung hier wieder zu geben, würde zu weit führen. Doch das darf immerhin gesagt werden, sie war nicht resultatlos für die Arbeiterschaft der staatlichen Werke.

Die Generaldirektion ist bestrebt, Wandel zu schaffen. Aber auch unsere Kollegen müssen nun das ihrige dazu tun. Durch Rörgein und Schimpfen wird nichts gebessert. Es gilt nun zu handeln! In unserer Organisation haben wir ein Mittel, das unsere berechtigten Wünsche auch vor der öffentlichen Meinung vertritt und vertritt. Stehen wir hier geschlossen und einig beisammen, so werden sich unsere Wünsche auch Gehör und Beachtung an den Stellen verschaffen, die hier vor allem zur Mitwirkung an der Besserung der Verhältnisse berufen sind. Darum fort mit aller Kleinheit und persönlichen Angstmeyerei! Stellen wir uns geschlossen und einig in die Reihen des christlichen Metallarbeiterverbandes! Die Hand ans Werk, dann wird unserer Arbeit der Erfolg nicht verjagt bleiben.

Zur wirtschaftlichen Lage der Elektromotoren.

Kann ein Beruf erfordert so umfassende Kenntnisse, so große Fertigkeit und so lange Ausbildungszeit, als der des Elektromotors. Und die Arbeit selbst muß oft unter Gefahr des Lebens ausgeführt werden und nicht gering ist die Zahl derer, die Opfer ihres Berufes geworden sind; ein einziger Fehltritt, eine geringfügige Unachtsamkeit kann den sofortigen Tod bedeuten.

Metall-Legierungen.

III.

Neben der Bronze, die in der Hauptsache aus Kupfer und Zinn besteht, spielen die Legierungen zwischen Kupfer und Zinn in der Technik eine sehr bedeutende Rolle. Die Farbe des Kupfers wird durch einen Zusatz von Zinn gleichfalls geändert, jedoch nicht so rasch als bei Zinn. Einen Zusatz von 25% Zinn macht das Kupfer bezw. die Bronze schon bräunlich weiß, während eine Legierung von Kupfer mit 50% Zinn noch eine gelbe Farbe zeigt. Auch auf die Härte des Kupfers hat der Zinngehalt wesentlichen Einfluß, ferner wird die Festigkeit des Kupfers durch einen gewissen Zinnzusatz erhöht, der jedoch eine bestimmte Grenze nicht überschreiten darf. Die Kupfer-Zinn-Legierung, die wohl am meisten Verwendung findet, ist das Messing. Dasselbe wurde früher durch Verhitzen von Kupfererzen hergestellt, welche zinnhaltig waren; obwohl die Herstellung des metallischen Zinns schon vor mehr als 200 Jahren bekannt war, hat man das Messing noch bis zu Anfang des vorigen Jahrhunderts nicht aus den Metallen selbst, sondern durch Verhitzen von Kupfererzen mit Zinkerzen gewonnen. Der Zinngehalt des Messings beträgt etwa 30 bis 45%; für Bleche, Röhren und Draht soll das Messing im allgemeinen nicht über 30 bis 35% Zinn enthalten, während bei Gußwaren der Zinngehalt bis auf 45 steigen darf.

Eine viel verwendete Kupfer-Zinn-Legierung ist der Tombak, welcher aus Kupfer mit etwa 12 bis 17% Zinn besteht und vielfach zu Schmuckgegenständen verwendet wird. Bei richtiger Mischung ist die Farbe des Tombaks goldgelb; um die Ähnlichkeit mit dem Golde noch mehr vorzutäuschen, erhalten aus Tombak hergestellte Schmuckwaren vielfach einen blauen Ueberzug von metallischem Gold. Unter allerhand Phantasienamen, wie „Dalm“, „Prinzmetall“, u. werden die aus Tombak hergestellten Gegenstände in den Handel gebracht. Mit dem „Glanz“ solcher Schmuckgegenstände ist es jedoch bald vorbei, da dieselben bald mißfarbig werden.

Sehr wichtig ist auch das Rotgüßmetall, welches aus Kupfer und Zinn, oft noch mit einem Zusatz von Zinn

und Blei besteht. Rotgüßmetall wird zu Achsenlagern, Stopfbüchsen, Ventilen, Säuren, ferner auch als Ersatz für die eigentlichen Bronzen verwendet, namentlich dort, wo die betreffenden Gegenstände nicht zu sehr den Witterungseinflüssen ausgesetzt sind. Rotgüß besteht aus etwa 75—90% Kupfer, 6—15% Zinn; dazu kommen oft noch 2 bis 10% Zinn und manchmal einige Prozent Blei.

Unter Delametallo versteht man eine Kupfer-Zinn-Legierung von etwa 60% Kupfer, 37% Zinn und 1—2% Eisen; dasselbe läßt sich in Rotgüß verarbeiten.

Durch Zusatz von Aluminium erhält man das sogenannte Aluminium-Messing, das gleichfalls in der Technik Verwendung gefunden hat.

Eine sehr große Rolle spielen ferner die zinnigen Legierungen, die in der Hauptsache Zinn enthalten. Es sind dies die Zinn-Blei-Legierungen, welche aus Zinn mit einem Zusatz von 20—50% Blei bestehen und zu Spielwaren, Hitzeschutz, Theater- und Maschinenbau, Orgelbau u. verwendet werden. Es sind Trinkgeräte aus Zinn dürfen laut Gesetz einen Höchstgehalt an Blei von 10% besitzen, jedoch sind Schokolade wie Löffel, Teller aus Zinn und Blei fast ganz aus der Mode gekommen und durch die besseren, billigeren und praktischeren Tonwaren, Porzellan, Emaille u. ersetzt worden. Das sogenannte Britannia-Metall, das jetzt zu allererst Gebrauchsgegenständen, wie Kaffeelassen, Löffel u. verwendet wird, besteht aus etwa 90% Zinn und 7 bis 10% Antimon; außerdem 1 bis 3% Kupfer. Das zum Gießen von Maschinenteilen verwendete Weißmetall enthält 40 bis 60% Zinn und wechselnde Mengen Antimon, Kupfer und Blei.

Wir haben am Eingang unserer Darstellung über Metall-Legierungen auseinandergesetzt, daß man die Metalle deshalb oft als Legierungen verwendet, weil die Herstellung von Gebrauchsgegenständen aus Reismetallen, abgesehen vom Schmelzpunkt, manchmal sehr große Schwierigkeiten verursacht. Dies trifft besonders beim Nickel zu, weshalb dasselbe nie rein, sondern immer in Legierungen verwendet wird. Die wichtigsten Nickellegierungen sind die Manganlegierungen; unsere 5- und 10-Pfennigstücke sind derartige Legierungen, und enthalten neben 25% Nickel nicht weniger als 75% Kupfer. Ferner gehören hierher das sogenannte Neusilber, Argentan, Alfe-

nide, Paktang u.; es sind dies Legierungen aus Kupfer und Zinn mit einem Gehalte von 15 bis 25% Nickel.

Schließlich wären noch die Bleilegierungen und Zinnlegierungen zu erwähnen, unter anderem das Haribler, eine Legierung aus etwa 85% Blei und 15% Antimon, dann das Leitermetall aus etwa 55 bis 70% Blei, 19 bis 23% Antimon, 9 bis 22% Zinn und hier und da etwas Kupfer. Auch viele Lagermetalle sind Legierungen aus 60 bis 80% Blei, 12 bis 20% Antimon und wechselnden Mengen Kupfer oder Zinn.

Erwähnen wollen wir noch, daß auch die Edelmetalle wie Gold und Silber in den seltensten Fällen rein verwendet werden, sondern fast immer als Legierungen. Unsere deutschen Reichsgoldmünzen enthalten 90% Gold und 10% Kupfer. Die Schmuckgegenstände aus Gold, wie Uhren, Ketten, Ringe u. sind nie reines Gold, sondern immer mehr oder weniger mit Silber und namentlich Kupfer legiert. Unsere Reichs-Silbermünzen sind gleichfalls nicht reines Silber, sondern eine Legierung von Silber und Kupfer.

Obwohl die Zahl der Legierungen eine außerordentlich hohe ist, so steigt dieselbe dennoch von Tag zu Tag. In letzter Zeit sind die Legierungen aus Aluminium und Magnesium wegen ihrer Verwendung zu Luftschiffen und Flugapparaten außerordentlich wichtig geworden, da dieselben sehr leicht sind. Der Verwendung des Magnesiums, das noch viel leichtere Legierungen als das Aluminium abgeben würde, sind leider gewisse Schwierigkeiten gesetzt, da der Preis desselben noch ein viel zu hoher ist. Wenn es gelingen würde, durch eine billigere Herstellungsweise den Preis des Magnesiums, der augenblicklich auf 22 Mark pro Kilogramm steht, wesentlich herunterzubringen, so wäre für den Bau von Luftschiffen und Flugapparaten viel gewonnen. Aber was nicht ist, kann ja noch werden. Noch vor 20 Jahren war der Preis des Aluminiums noch weit höher als der jetzige Preis des Magnesiums. Dasselbe ist aber so rapid gesunken, daß das Kilogramm Aluminium augenblicklich kaum noch 2 Mark kostet. Der Erfindertätigkeit stehen, wie in so vielen anderen Gebieten, so auch bei der Herstellung von Metall-Legierungen noch sehr große Gebiete offen.

Nun sollte man glauben, ein solch vielseitiger und auch oft gefahrvoller Beruf müßte doch notwendigerweise durch einen auskömmlichen Verdienst entschädigen. Keiner der Verhältnisse wissen, daß dies durchaus nicht der Fall ist. Abgesehen von einigen wenigen Orten, wo auch die Elektromonteur gut organisiert sind, sind die Löhne meist nicht als bescheiden und stehen zum Teil ganz erheblich hinter den Löhnen anderer Handwerker zurück. Und während die Löhne anderer handwerksmäßigen Berufe eine, wenn auch zum Teil nur geringe Aufbesserung erfahren konnten, sind die Durchschnittslöhne der Elektromonteur an den meisten Orten noch zurückgegangen.

Woran liegt das? Zunächst einmal daran, daß es in diesen Orten an einer starken Organisation mangelt. Man glaubt eben noch vielfach, eine Organisation nicht nötig zu haben. Dann kommt noch hinzu, daß gerade in dieser Branche die minderwertigen, halbausgebildeten Arbeitskräfte sehr zahlreich sind. Dann aber auch gibt es gerade in dieser Branche Geschäftsleute, die nicht nur mit halbausgebildeten und darum billigeren Arbeitern, sondern gar zum Teil mit Lehrlingen die ihnen übertragene Arbeit ausführen. Ganz abgesehen davon, daß Anlagen dieser Art, den Arbeitskräften entsprechend, bebenlich minderwertig und daher im Betriebe sehr teuer werden, solche Anlagen ferner durch ihren teuren Betrieb vielfach auch andere Interessenten abhalten, weitere Aufträge zu erteilen und das ganze Handwerk als solches dadurch geschädigt wird, ist doch der Hauptgrund die Konkurrenz der Ungelernten und darum billigen Arbeiter bedeutet, daß der Elektromonteur nur zu oft am eigenen Leibe spürt. Hinzu kommt noch, daß durch Lehrlingszuchterei gewisser „Geschäftsleute“ der Ausblick für die Zukunft recht trübe ist und ein großer Teil infolge Ueberangebot an Arbeitskräften zu einem andern Beruf früher oder später übergehen muß, mithin die Lehrzeit ein umsonst gebrachtes Opfer war.

Für die Elektromonteur erfordert es das Gebot der Selbstachtung und der Selbsthaltung, durch unermüdete Agitationsarbeit und durch eine starke Organisation endlich den Weg zur Besserung zu beschreiten. Und wenn auch die Schwierigkeit der Aufklärungsarbeit in unserm Beruf durchaus nicht verkannt wird, so muß und kann sie doch durch die höhere Intelligenz ausgeglichen werden. Durch radikale Lebensarten und Tragen möglichst moderner Stoffen kann man zwar seine Mitmenschen zeitweilig über die traurige Lage täuschen, aber besser kann man nichts. Es gilt auch für den Elektromonteur, frisch zuzugreifen und nicht zu warten, bis durch Monopolverträge der „freien“ auch der Elektromonteur gezwungen wird, sein Geld, daß er „parieren“ wollte, für die Agitation der politischen Sozialdemokratie herzugeben, sein Geld auch dafür herzugeben, daß die Sozialdemokratie die Macht und die Mittel bekommt, um ihre Verelendungstheoretiker auch an unsern bisher noch geachteten Stand praktisch durchzuführen. Die Hebung unseres Standes soll unser Bestreben sein! Und wenn einerseits in der heutigen Zeit mehr Idealismus nötig ist, so darf doch andererseits auch ein gesunder Realismus nicht fehlen und dieser muß sich äußern in unermüdetlicher Verbearbeit für unsern Verband, bis auch der letzte christliche Elektromonteur für unsere Organisation als tätiger Mitarbeiter gewonnen ist.

S. W.

Das Heilverfahren in der Reichsversicherungsordnung.

Durch die Reichsversicherungsgesetzgebung ist Kranken, invaliden oder unfallverletzten Arbeitern ein Mindestmaß von Fürsorge garantiert worden. Im Falle einer Krankheit oder eines Unfalles hat zunächst die Krankenkasse die Pflege zu leisten; schließlich tritt die Berufsgenossenschaft, oder die als Träger der Invalidenversicherung errichtete Versicherungsanstalt an ihre Stelle; die Verletzten oder Invaliden erhalten von diesen Renten. Die Berufsgenossenschaften haben einen Verletzten von Beginn der 14. Woche ab, nach dem Unfall zu versorgen, sie haben von da ab auch die Kosten zu tragen für das Heilverfahren, das von ihnen selbst übernommen, oder durch die Krankenkassen weiter bis zur Heilung durchgeführt werden kann.

Die Versicherungsanstalten sind befugt, für solche Verletzte das Heilverfahren zu übernehmen, die Aussicht haben, dadurch wieder erwerbsfähig zu werden, oder aber die vor dem Fortschreiten einer Krankheit bis zur zeitlichen oder dauernden Erwerbsunfähigkeit bewahrt werden können. Ein Heilverfahren kann also auch eingeleitet werden, bevor ein Versicherter invalide wird. Die Versicherungsanstalt kann das Heilverfahren durch Unterbringung des Verletzten in einem Krankenhaus oder in einer Anstalt für Genesende gewähren. Ist der Erkrankte verheiratet, so bedarf es seiner Zustimmung. Kommt ein Verheirateter in Heilbehandlung, so ist von der Versicherungsanstalt eine Angehörigenunterstützung oder, wie es in der neuen Reichsversicherungsordnung heißt, ein „Hausgeld“ an seine Angehörigen zu zahlen.

Die Einleitung des Heilverfahrens ist von den Versicherungsanstalten im Verlauf der Jahre in steigendem Maße angeordnet worden, namentlich bei Lungenerkrankten. Die Zahl der in Heilbehandlung genommenen Kranken aller Art betrug 1909 über 100 000 Personen und hohe Summen sind dafür aufgewendet worden; in den 4 Jahren 1904 bis 1907 über 50 Millionen Mark. In zahlreichen Fällen war die Heilbehandlung auch erfolgreich und rechtfertigte so, ganz abgesehen von humanitären Gründen, die geleisteten Ausgaben.

Bei Beratung der Reichsversicherungsordnung und der hier einschlägigen Paragraphen wurde auch die Frage der Heilbehandlung eingehend diskutiert. Hierbei wurde von Regierungsvorstägern darauf aufmerksam gemacht, daß einzelne Versicherungsanstalten geradezu Verschwendung bei der Erteilung von Heilanstalten getrieben hätten. Die Ausgaben insbesondere für Bäder hätten bei einzelnen Versicherungsanstalten zu einem Defizit geführt, und die finanzielle Sicherheit einiger Anstalten in bezug auf Leistung von Renten an die Invaliden gefährdet. Die Leistung von Renten bezügle sei aber der Hauptzweck des Gesetzes und müsse sichergestellt werden. Bei der Anstalt Berlin sei jetzt ein Defizit von rund 90 Millionen Mark vorhanden. Das Reichsversicherungsamt habe dies nicht verhindern können, da es ihm an Aufsichtsbefugnis fehle; ein solches müsse ihm gegeben werden. Auch die Sozialdemokraten waren damit einverstanden, daß Ausgaben verbündert und die finanzielle Leistungsfähigkeit der Anstalten gesichert werden solle.

In der zweiten Lesung der Kommission wurde dementsprechend ein Antrag der Konservativen angenommen:

„Soweit der Voranschlag für Heilverfahren oder Invalidenhauspflege 7 Prozent der Beitragseinnahmen überschreitet, bedarf die Ueberschreitung der Genehmigung des Reichsversicherungsamts. Das Reichsversicherungsamt hat dabei die Leistungsfähigkeit der Anstalt zu berücksichtigen.“

Dadurch sollte also erreicht werden, daß die Kosten des Heilverfahrens in einem angemessenen Verhältnis zu den Renteneinnahmen bleiben und eine Erhöhung der Beiträge bei der Invalidenversicherung verhindert werde. An eine Einschränkung des eigentlichen Heilverfahrens dachte wohl niemand in der Kommission. Im Gegenteil es wurde dort deren Ausdehnung das Wort geredet, wie auch früher schon im Plenum des Reichstags. Eine Anzahl von Versicherungsanstalten sind auch in der Lage, hier noch weiter zu gehen. Was verhindert werden sollte, ist, wie bereits betont, daß das für die Verletzten bestimmte Geld bei Luxusbauten und zu luxuriösen Einrichtungen verschwendet wird. So wurden z. B. bei einer Berliner Heilanstalt für ein Sporenbium 12 000 Mk. ausgegeben und vier solche angekauft; eine Kegelbahn kostete 19 000 Mk., eine Summe, mit der man auf dem Lande eine kleine Heilanstalt bauen könnte. Wegen einer solchen Verwendung, wenn nicht Verschwendung der Gelder der Invalidenversicherung einzuschreiten, wurde also dem Reichsversicherungsamt das Aufsichtsrecht gegeben.

Die Sozialdemokratie erhob darüber ein großes Geschrei. Immer wenn es ihr an guten Gründen fehlt, erhebt sie den Vorwurf des Verrats an den Arbeitern durch die bürgerlichen Parteien und die Regierungen. Wie unberechtigt dieser Vorwurf war, geht aus den vorstehenden Darlegungen hervor. Dazu ist zu bemerken, daß die Entscheidung über die Verwendung von Geldern dem Reichsversicherungsamt übertragen wurde, einem Amte also, daß auch von dem Sozialdemokraten viel und oft in Tönen höchsten Lobes besungen worden ist. Dabei wurde diesem Amte die Verpflichtung auferlegt, die Leistungsfähigkeit bei der Entscheidung zu berücksichtigen, das heißt, jene Anstalten, die leistungsfähig sind, die die Renten der Invaliden gesichert haben, in der Ausdehnung des Heilverfahrens nicht zu behindern. Damit nicht etwa die Bestimmung wegen der 7 Prozent der Beitragseinnahmen eine Einschränkung des Heilverfahrens herbeiführen könnte, beschloß die Kommission in der dritten (Ausgleichs-) Lesung den diesbezüglichen § 1341 also zu fassen:

„Der Voranschlag muß mindestens zwei Wochen, bevor ihn der Ausschuss festsetzt, der Aufsichtsbehörde vorliegen. Sie beantragt ihn, wenn er gegen Gesetz oder Satzung verstößt oder die Leistungsfähigkeit der Versicherungsanstalt zur Erfüllung der ihr obliegenden gesetzlichen Verpflichtungen gefährdet.“

Mit dieser Maßgabe kann also nach wie vor das Heilverfahren betrieben werden; gegen Auswüchse kann das Reichsversicherungsamt künftig einschreiten, was nach dem bisherigen Gesetze nicht möglich war.

Uebertritte.

Unsere ganze deutsche Arbeiterbewegung leidet bislang noch unter dem Uebel einer ziemlich beträchtlichen Fluktuation. Jedem Tausend neuer Aufnahmen steht auch wieder eine mehr oder minder große Anzahl von Austritten gegenüber. Die Ursachen dieses Übels liegen auf verschiedenen Gebieten. Hier sei nur auf eines hingewiesen.

Die Konkurrenz in der Mitgliederwerbung, die durch das Bestehen der Berufsverbände verschiedener Richtungen hervorgerufen wird, drängt uns ganz von selbst dazu, nicht nur an unorganisierte Kollegen heranzutreten, sondern auch die Gewerkschaftsmitglieder, die sich immer noch in gegnerischen Verbänden befinden, zum Eintritt in unsere Reihen zu bewegen. Wenn man die Jahresberichte der größeren Verbände durchsieht, so zeigt das Kapitel Mitgliederwerbung in seinen Uebertrittszahlen, daß der Anfang der Uebertritte ein größerer ist, als man gewöhnlich annimmt. Besonders einzelne sozialistische Verbände scheinen mit System und Nachdruck auf diesen Zweig der Mitgliederwerbung hinzuwirken. Im Laufe der Jahre hat sich dort aus diesem Grunde die Praxis entwickelt, den Uebertritten möglichst weit entgegen zu kommen in der Weise, daß ihnen erhebliche Unterstützungsbeiträge sofort vom Tage ihres Uebertritts zugesichert werden. Das scheint aber verschiedentlich allmählich in eine geradezu unläuterer Konkurrenz auszuarten. Es ist Tatsache, daß beispielsweise 3, 4, 5 Jahre Mitgliedschaft und mitunter noch mehr angerechnet und dadurch das Recht auf den Bezug einer Unterstützung bis zu 200 Mark und darüber zugesichert wurden, ohne daß der Organisation auch nur ein Pfennig an Beiträgen zugeflossen ist. Das bedeutet dort, wo Tausende von Uebertritten verzeichnet werden, eine so erhebliche Belastung des Kassenwesens, daß es gar nicht verwunderlich erscheint, wenn mehrere der sozialistischen Verbände mit ihrem Verbandsvermögen auf einen grünen Zweig kommen können. Der Mitgliederhunger ist es, der hierbei einzig ausschlaggebend, jedem vernünftigen Arbeiter nach gewerkschaftlichen Grundsätzen ins Gesicht schlägt.

Die getrennten Schattenseiten dieser Frage dürfen aber nicht davon abhalten, ihr eine größere Aufmerksamkeit wie bisher zuzuwenden; sie müssen im Gegenteil die Fingerzeige geben zu dem, was geschehen muß, um diesen Auswüchsen entgegen zu treten und nicht in denselben Fehler zu verfallen. Zunächst müssen wir immer wieder darauf hinweisen, daß in unserer eigenen christlichen Gewerkschaftsbewegung ein größerer Wert auf Erhöhung der Uebertrittszahlen aus den gegnerischen Verbänden gelegt wird. Uns bewegen dabei ganz besonders wichtige Gründe. Tausende von treuen christlichen Arbeitern aller Berufe gehören auch heute noch, gezwungen durch den bekannten rückwärtslosten Terrorismus den sozialdemokratischen Verbänden an, trotzdem sie ihrer ganzen Ueberzeugung nach zu uns gehören. Ebenso treten noch immer all zu viele diesen Verbänden aus Unkenntnis oder Gleichgültigkeit bei. Sie alle müssen wir für unsere christlichen Berufsverbände zurückgewinnen. Das muß zur ersten Pflicht nicht nur für die Verbandsfunktionäre, sondern auch für jedes einzelne Mitglied werden. Jeder christliche Arbeiter gehört auch in seine christliche Organisation.

Trifft dies zunächst ganz allgemein zu, dann aber auch besonders für unsere christlichen Metallarbeiter. Nachdem unser Verband eine immer größere Verbreitung in allen Teilen unseres Vaterlandes gefunden hat, müßte es vor allen Dingen heute ausgeschlossen sein, daß noch ein christlicher Metall-

arbeiter dem roten Terror nachgeben und noch länger in einem gegnerischen Verband sein könnte. Auch selbst in den sogenannten roten Hochburgen haben wir schon erheblich starke Ortsgruppen, sodaß besonders dort es nicht mehr wie bisher möglich sein muß, die christlichen Metallarbeiter wieder unserm Verband zuzuführen. Aber auch sonst allwärts muß jetzt, wo es auf der ganzen Linie voraufgeht, auf diese Zurückgewinnung in der Agitation größerer Wert gelegt werden.

Die Erfahrung zeigt, daß nun bei diesen Uebertritten nicht immer die im Verbandsstatut gegebenen Vorschriften beachtet wurden. Deshalb enthält auch das jetzt geltende Statut im § 5 die Vorschrift, daß die Bücher der Uebertritten aus anderen Verbänden an die Zentrale eingekauft und dafür die neuen Bücher unserer Verbände von der Zentrale ausgestellt werden. Nur so kann auch eine genaue Uebersicht über die Zahl und Art der Uebertritte gewonnen werden. Das vor allem mögen unsere Funktionäre bei jedem Uebertritt beachten. Wo das bisher noch nicht geschah, sind aber auf alle Fälle die alten Bücher mit den Aufnahmeheften der Quartalsabrechnung beizulegen.

Der § 7 des Statuts enthält die Bedingungen, unter denen der Uebertritt erfolgen kann. Soweit sich die Höhe des wöchentlich gezahlten Beitrages mit dem vorigen deckt — also ohne Lokalaufschlag 60 Pfg. beträgt — wird die Mitgliedschaft bis zu 52 Wochen angerechnet. War der Beitrag aber niedriger, so werden die in den letzten 52 Wochen gezahlten Beiträge in solche unseres Verbandes umgerechnet. Ein Beispiel möge dies veranschaulichen. Hat der Beitrag 40 Pfg. betragen, so würden höchstens 52 Wochen à 40 Pfg. angerechnet, das ergibt eine Summe von 20,80 Mk. Dieses durch unsern Beitrag — also durch 60 — geteilt, ergibt 34 Wochen zur Anrechnung in unserm Verband. Diese Kollegen sind nun zwar bei uns nicht sofort unterstützungsberechtigt; dafür erhalten sie jedoch nach den bis zu einem Jahre fehlenden Wochen die Berechtigung für den Bezug unserer Erwerbslosenunterstützung. Diese ist in den meisten Fällen um das Doppelte höher wie in dem andern Verband, auch wäre die Unterstützung dort niemals bis zu dieser Höhe gestiegen. Das sind so greifbare Vorteile, daß man sich wundern muß, wenn dann beim Uebertritt noch weitergehendere Ansprüche gestellt werden.

Um auch jene Kollegen wiederzugewinnen, die sich durch langjährige Mitgliedschaft in anderen Verbänden dort bereits größere Rechte erworben hatten, ist die Zentraleleitung berechtigt, eine längere Zeit in besonderen Ausnahmefällen in Anrechnung zu bringen. Das kann und darf aber niemals durch die Verwaltungsstellen selbst geschehen. In solchen Fällen sind die besonderen Umstände direkt beim Einsehen des Buches der Zentrale mitzuteilen. Alle billigen Wünsche werden gewissenhaft geprüft und berücksichtigt. Damit ist nun aber keinesfalls gesagt, daß eine solch verkehrte Praxis einreihen dürfte, wie sie oben gekennzeichnet wurde. Vor dem Vollzug des Uebertritts müssen die seit dem Austritt aus der anderen Organisation etwa restierenden Beiträge, welche nicht über 8 Wochen betragen dürfen, nachgezahlt sein. Ebenso sehe man vor dem Auszahlen von Unterstützung in den betreffenden Rubriken nach, da auch die aufzurechnenden Unterstützungen beim Uebertritt eingetragen werden müssen.

Gleichzeitig sei hier auf die wiederholt angeschnittene Frage der Anrechnung der Beiträge unserer Jugend-Klasse beim Eintritt in die volle Verbandsmitgliedschaft hingewiesen. Die kleinen blauen Markenhefte werden ebenfalls der Zentrale zugestellt und dann, nach der Anrechnung der Beiträge, die neuen Bücher den Verwaltungsstellen zugestellt. Wenn nun so überall nach den hier angegebenen Anweisungen gehandelt und dabei nicht außer acht gelassen wird, was über die Uebertrittsfrage überhaupt gesagt wurde, dann werden die unangenehmen Nebenerscheinungen bei uns niemals zu beklagen sein.

Zu unserem Tarifabschluß im Stuttgarter Schlossergewerbe.

Die gesamte sozialdemokratische Presse mit Einschluß der „Metallarbeiterzeitung“ wendet sich zurzeit wieder in Schreikämpfen und jammert sich gegenseitig die Ohren voll über „christliche Streikbrecher“ und „christliche Streikbrechervermittlung“. Es ist aber auch zu dumm, daß die „Christlichen“ sich heute sogar in den roten Hochburgen nicht einmal mehr gutwillig von Lohnbewegungen ausschalten lassen wollen — und vollends unerhört, daß „Der Deutsche Metallarbeiter“ obendrein noch im Inzeratenteil Schlosser für Stuttgart sucht, ohne hierfür zuvor bedevotet bei Alexander Schilde u. Co. die Genehmigung nachgesucht zu haben.

Es wäre ja nun von der sozialdemokratischen Presse und ihren Inspiratoren zuziel verlangt, wenn man ihr zumuten wollte, die Deffektivität über die Vorgänge in Stuttgart wahrheitsgemäß zu unterrichten. Es wäre ja (nach Que) „Selbstmord“ für die heringefallenen Vertreter der „freien“ Gewerkschaft, wenn sie der Wahrheit die Ehre geben und sich als die „betrogenen Betrüger“ der todbringenden Lächerlichkeit preisgeben wollten. So etwas verlangen wir nicht, und deshalb erließ unsere Bezirksleitung in der Stuttgarter Tagespresse eine diesbezügliche Erklärung, die wir nachstehend wiedergeben wollen.

Zur Steuer der Wahrheit in Sachen der Schlosserbewegung.

„Warum, so wird mancher fragen, der die gegenwärtige Schlosserbewegung in Stuttgart verfolgt hat — streiken denn wohl die Schlossergesellen? Bekanntlich haben die Leiter des deutschen (sozialdemokratischen) Metallarbeiterverbandes bei Beginn der Bewegung versucht, die christliche Organisation, die mit einer Anzahl Schlosser in Frage kommt, auszuschalten. In einem diesbezüglichen an die Schlosserinnung gerichteten Schreiben wird ausführlich:

„Um nicht wie bei der Flaschnerbewegung die Zeit unnütz zu vergeuden, erklären wir im voraus, daß wir unter keinen Umständen in Gegenwart der christlichen verhandeln, und ist es besser, die selben gar nicht erst zu den Verhandlungen einzuladen, da ja höchstens ein Duzend in Frage kommen.“

Dasselbe, was die sozialdemokratischen Führer jahraus, jahrein den Arbeitgebern zum Vorwurf machen, üben die Genossen hier gegen Arbeitsbrüder lediglich deshalb, weil Letztere anderer Meinung sind. Die Verhandlungen mit dem sozialdemokratischen Verband zerfielen sich. Die sozialdemokratischen Schlosser streiken, obwohl ihnen Zugeständnisse gemacht waren, welche den Flaschnern als große Erfolge empfohlen wurden und diese be-

wegen, von einem Streit abzusehen. Dabei reichen die Erfolge der Flasche der Bewegung bei weitem nicht an das heran, was die Vertreter des christl. Metallarbeiterverbandes mit den Schlossermeistern vereinbarten. Trotzdem auch unter den streikenden Schlossergesellen Überherrschung herrscht, daß der mit dem christlichen Metallarbeiterverband abgeschlossene Vertrag wesentliche Vergünstigungen enthält und durch einen längeren Streik kaum mehr erreicht werden wird, muß auf Kommando der sozialdemokratischen Leitung weitergestreift werden, damit der Macht- und Größenwahn auf seine Rechnung kommt. Das, und nichts anderes ist der wirkliche Grund, weshalb die sozialdemokratischen Schlosser weiterstreiken.

In der „Schwäbischen Tagwacht“ werden die christlichen Schlossergesellen, die auf Grund obigen Sachverhalts weiterarbeiten als „Velle“, „Arbeiterverräter“, „Streikbrecher“, hinzustellen versucht. Auf welche solche Vorwürfe in Wirklichkeit zutreffen, geht aus folgender Charakterisierung des Streikbruchs der Vorwärts-Redaktion im Zentralorgan des deutschen Sozialdemokratie, dem „Vorwärts“, hervor. Er schreibt:

„Der Verfasser des Artikels scheint noch nicht zu wissen, was Streikbruch ist. Erstens kann dann, wenn jemand kündigt, unter Auszahlung aller seiner Forderungen entlassen wird, und darauf ein anderer in die erledigte Stelle tritt, dieser niemals als „Streikbrecher“ gelten, zweitens wird aber von Arbeitern, wenn sie zum Streik greifen wollen, stets diese Absicht den Kollegen vorher mitgeteilt und gemeinsam Beschluß gefaßt. Die aus der Vorwärts-Redaktion ausgehenden „Sechse“ haben aber der Minderheit die Absicht der Kündigung verheimlicht, so daß diese die erfolgte Kündigung selbst erst durch den Vorwärts erfahren hat.“

Auch steht es der Zeitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, derselben Zeitung, die in Pforzheim den Streikbruch durch einen roten Streikbecherpaß glorifizierte, abel an, von einem Streikbruch der christlichen Schlossergesellen in Stuttgart zu sprechen.“

Soweit die Erklärungen unserer Bezirksleitung. In einem durch die ganze rote Presse fliegenden Waiszettel wird nun behauptet, der von uns abgeschlossene Tarif enthalte noch niedrigere Löhne, als wie in dem abgelautenen Tarif vorgesehenen. Diese Behauptung ist ein erneuter Beweis dafür, mit welcher beispielloser Unverschämtheit in der roten Presse die Wahrheit verweigert wird. Man vergleiche nur demgegenüber die in Betracht kommenden Bestimmungen des alten und des neuen Tarifs.

Alter Tarif.

Es soll der Lohn im 1. Jahr nach beendeter Lehrzeit nicht unter 36 Pfg., im 2. Jahr nicht unter 40 Pfg. betragen. Letztere selbständige Arbeiter erhalten nicht unter 54 Pfg. pro Stunde. Während der Vertragsdauer werden die jeweiligen Anfangslöhne je am 1. April um 1 Pfg. erhöht.

Neuer Tarif.

Der Lohn beträgt im 1. Jahr nach beendeter Lehrzeit 38-40 Pfg., im zweiten Jahr 40-45 Pfg., von hier ab 45-50 Pfg. Selbständige ältere Gesellen erhalten 50-60 Pfg., besonders leistungsfähige Gesellen 60 Pfg. und mehr.

Die jetzt bestehenden Löhne erfahren eine Aufbesserung von 5 Prozent.

Die im alten Tarif vorgesehene Erhöhung der Anfangslöhne von 1 Pfg. pro Jahr steht wohl auf dem Papier, hatte praktisch aber keinen Wert, weil die Erhöhung, wie uns von Meistern und Gesellen bestätigt wird, fast nie bezahlt wurde.

Nach dem neuen Tarif verdienen die Gesellen schon im dritten Jahre nach der Lehrzeit 45-50 Pfg. während sie nach dem alten Tarif nur auf 40 Pfg. Anspruch haben, selbst wenn die jährliche Aufbesserung erfolgt wäre. Im alten Tarif geht der höchste Lohnsatz bis 54 beim 57 Pfg.; während der neue Tarif 60 Pfg. und mehr vorsieht.

Aus dem Vorstehenden mögen unsere Kollegen erkennen, was von dem Gehelber der sozialdemokratischen Presse zu halten ist. Wenn der neue Tarif den Schlossern nicht noch mehr Vorteile gebracht hat, so ist das lediglich auf Konto der arbeiterverräterischen Zersplitterungsarbeit der vom Großmannsbüchel besessenen sozialdemokratischen „Führer“ zu setzen. Die einzig richtige Antwort auf deren Verhalten ist die weitere Stärkung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes. Im wohlverstandenen Interesse des deutschen Arbeiterstandes muß der rote Terror gebrochen werden!

Aus der Arbeiterbewegung.

Die christlich-nationale Arbeiterbewegung in ihrer entscheidenden Bedeutung für die Zukunft Deutschlands.

Dieses Thema behandelte Herr Viz. Mumm am 7. April gelegentlich einer Veranstaltung der kirchlich-sozialen Frauengruppe zu Berlin im Reichsamt des Innern. Herr Viz. Mumm führte nach einem uns vorliegenden Bericht dort u. a. folgendes aus:

„Der dreißigjährige Todesstag Wicherns ließ den Redner anknüpfen an die Erinnerung, daß der Vater der Innere Mission schon gesagt hatte, auf die Periode der Hilfe für die Hilfsbedürftigen müsse die Periode des Zusammenstehens zu eigener Hilfe folgen. So war der Gedanke der Organisation ausgesprochen, und es wurden die Anfänge zur Begründung von Arbeitervereinen gemacht, ehe die Sozialdemokratie noch ihren Weg durch Deutschland nahm. Lange versuchten die christlichen Arbeiter, an der Seite ihrer radikalen Arbeitsgenossen in parteipolitisch unabhängigen Gewerkschaften für die Sache der Arbeiter einzutreten. Aber die halb offenen, halb geheimen Zusammenhänge dieser Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie führten 1894 zur Gründung christlicher Gewerkschaften.“

Nicht leicht haben es die christlichen Arbeiter gegenüber dem Terrorismus, der mit der Losung „erst rot, dann Brot“, sie von der Arbeitsstätte verdrängt und ihnen den Lebensunterhalt unterbindet. In falschem Licht erscheinen sie auch manchen Arbeitgebern, welche sich beklagen, die Christlichen seien nicht besser, als die Sozialdemokraten. Gewiß können sie ihnen manchmal so un bequem werden wie diese; sie wären ja keine ehrlichen Männer, wenn sie nicht ebenso für höheren Lohn, kürzere Arbeitszeit, bessere Arbeitsverhältnisse eintreten würden.

Aber für die christlichen Arbeiter sind die Unternehmungen nicht die schändlichen Ausbeuter, sondern ein notwendiger Faktor in der Gütererzeugung. Sollen die entgegengejetzt der sozialdemokratischen ist ihre Stellung in geistigen und politischen Fragen; sie stehen auf christlich-

religiösem und nationalem Boden. Wie aber der Staat in seiner Waffenschonung anderen Staaten gegenüber die beste Friedensbürgschaft sieht, so sehen sie in ihrem Zusammenschluß zum Abschluß von Tarifverträgen die Waffe, um den Frieden im wirtschaftlichen Kampf immer wieder zu gewinnen und zu sichern. Die konfessionelle Scheidung, die bleibt, solange es Konfessionen gibt, darf aber nicht hindern, daß man sich die Hand zum gemeinsamen Werke reicht.

Bei dem Anwachsen unserer Bevölkerung wird die Industriearbeiterkraft unaufhaltsam zunehmen. Der Gefahr gegenüber, daß diese der materialistischen Gesichtsanschauung und einem radikalen Materialismus verfallen, schon die Christlichen ihre vaterländische Aufgabe in der Vereinigungs- pflege in christlichem Geiste und in der Arbeitervertretung auf nationalem Boden. Ihre Zahl und ihr Zuwachs gibt Hoffnung auf Befreiung. Aber nicht in dienstbarer Gefügigkeit und falscher Abhängigkeit von anderen Ständen wollen und dürfen die Arbeiter gehalten werden, sondern die Arbeiterbewegung soll aus der Arbeiterschaft herauswachsen und von ihr getragen sein; darum sollen auch die Führer aus ihr hervorgegangen sein.

Der bayerische Eisenbahnerverband

zählte laut Rechenschaftsbericht in seinem Verbandsorgan „Der Eisenbahner“ Nr. 15/1911 am Schlusse des letzten Jahres 27 000 Mitglieder. Infolge schwieriger Verhältnisse, insbesondere wegen zahlreichen Arbeiterentlassungen auf den Staatsbahnen ist die Mitgliederzahl gegenüber dem Vorjahre etwas zurückgegangen, was jedoch durch zielbewußte Arbeit bald wieder wettgemacht sein wird. In finanzieller Beziehung hat der Verband besser abgeschnitten. Es war ihm möglich, 12 000 Mark in Wertpapieren anzulegen. Die Einnahmen betragen einschließlich 39 671,94 Mk. vom Vorjahre 135 641,54 Mk., die Ausgaben 85 793,38 Mk., Vermögenbestand am Jahreschlusse 49 848,16 Mk. Auf dem Gebiete der Standesinteressenvertretung ist der Verband stets in der rührigsten Weise und mit Erfolg tätig gewesen.

Der Zentralverband christlicher Lederarbeiter

erstattet in seinem Verbandsorgan „Deutsche Lederarbeiter-Zeitung“ Nr. 8/1911 seine Jahresabrechnung für 1910. Die Mitgliederzahl stieg demgemäß um 909 und betrug am Jahreschlusse 5107, darunter 4693 männliche und 414 weibliche. Der Bericht ist Kritik an der starken Mitgliederfluktuation; von 2980 Neuaufnahmen blieben dem Verband nicht ganz ein Drittel, nämlich 30,9 Prozent erhalten. Die Mitglieder verteilen sich auf 117 Zastellen, ein Jahr vorher waren deren erst 98 vorhanden. Die Gesamteinnahmen beliefen sich auf 105 659 Mk., ein Mehr gegenüber dem Vorjahre von 31 781 Mk. Die Ausgaben betragen 98 125 Mk., darunter 46 597 Mk. für Unterstützungen. Das Verbandsvermögen stieg von 46 636 Mk. auf 55 812 Mk. am Jahreschlusse 1910.

Der Verband war mit 2474 Mitgliedern an 64 Lohnbewegungen beteiligt, bei denen die christlich organisierten in 20 Fällen allein und in 11 Fällen als Mehrheit in Frage kamen. Der Erfolg der Bewegungen war folgender: An Lohn erhalten durchschnittlich mehr: 156 Verbandsmitglieder = 1 Mark, 428 = 1,50 Mk., 232 = 2 Mk., 172 = 2,50 Mk. und 62 = 3 Mk. pro Woche. Die vorfinden Arbeitszeiten machen für 1076 Mitglieder 6 Stunden, für 321 Mitglieder 3 Stunden und für 92 Mitglieder 2 Stunden pro Woche aus. Alles in allem ein Bild glücklicher Entwicklung und rühriger, erfolgreicher Gewerkschaftsarbeit.

Wie der Herr „Ingenieur der Firma Schönebeck & Co.“ zu Gagen i. W. Arbeiterinteressen vertritt!

Wir haben uns letzten wiederholt mit dem Bevollmächtigten des „Deutschen“ Metallarbeiterverbandes in Gagen befaßt, da dessen ganzes Auftreten durchaus nicht geeignet ist, die Einigkeit unter den Arbeitern zu fördern. Wie weit der Grimm und die Wut des Herrn Ernst — der bekanntlich vor kurzem auch mal den Herrn „Ingenieur der Firma Schönebeck“ martierte — gegen den christlichen Metallarbeiterverband gediehen ist, beleuchtet folgende Streich, der wohl bis dato in der Gagen Arbeiterbewegung einzig dastehen dürfte.

Bei der Firma Eiden u. Co. waren fünf Arbeiter entlassen worden, angeblich wegen Arbeitsverweigerung. Da sich diese Maßnahme der Firma als ungerechtfertigt herausstellte, wurde in zwei von den drei in Betracht kommenden Organisationen einberufenen Betriebsversammlungen beschlossen, gegen das Vorgehen der Firma Front zu machen und eine Kommission geträht, die in diesem Sinne vorstellig werden sollte. — Auch der stets anwesende „Ingenieur der Firma Schönebeck“ erklärte sein Einverständnis. Trotzdem Genosse Ernst nun wissen mußte, daß es das Arbeiterinteresse erfordert, während eines gemeinsamen Vorgehens nichts zu tun, was zusehend auf die Geschlossenheit der betr. Kollegen wirken könnte, leistete er sich einen Streich, wie man es selbst von einem Genossenschaftler nicht erwartet hätte. Ausgerichtet bei derselben Firma, wo die Arbeiter in einer erstickten Situation standen, ließ Ernst, nachdem er 12 Stunden vorher den anderen Organisationen Passivbrüderlichkeit gelobt hatte, ein Flugblatt verteilen, das die niederträchtigen Verleumdungen gegen den christlichen Metallarbeiterverband enthielt. Wohlgerichtet gegen unsern Verband, der allein mehr Mitglieder bei Eiden beschäftigt hat, wie der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, mit Einschluß der S.-D. Gewerkschaften. Könnte es wohl einen parlamentarischen Ausdruck geben, um ein solch unfaires Verhalten geführend zu brandmarken? — Der christliche Metallarbeiterverband war es seiner Organisationschere, war es der Ehre der gesamten christlichen Arbeiter schuldig, diesen Bundesgenossen abzuschütteln. Denn wer schon vor einem ebenf. Kampf solche Manipulationen ausübt, ist zu anderen während des offenen Kampfes fähig. In geheimer Abstimmung beschlossen daher die christlich organisierten Arbeiter der Firma Eiden, nicht mit der sozialdemokratischen Organisation zusammen zu gehen. Folgendes Schreiben ging dem Genossen Ernst zu:

Gagen, den 10. April 1911.

Zu den Deutschen Metallarbeiterverband z. S. des Herrn Ernst.

Die christlich-organisierten Arbeiter der Firma Eiden-Gagen haben beschlossen, ein gemeinsames Vorgehen mit Ihrer Organisation abzulehnen. Die Ursache ist zu finden in Ihrem unfairen Verhalten, indem seitens Ihrer Organisation verbreitet wurde, welches die schamlosesten Verleumdungen gegen den christlichen Metallarbeiterverband enthält. Die Verleumdung des Hauptorgans im genannten Moment läßt darauf

schließen, daß Ihnen ein gemeinsames Vorgehen der Arbeiter auch wohl gleichgültig ist.

(Unterschrift.)

Nach allbekannter Genossenmutter versuchte nun Ernst sein Treiben zu entschuldigen bzw. zu vertuschen, denn seine eigenen Mitglieder gaben ihrer Mißstimmung über das Ernst'sche Verhalten offen Ausdruck. In seinem Beibot, der „Freien Presse“ (Eberfelder Witzblatt), hat Ernst einen Artikel verbrochen mit der „grausigen“ Ueberschrift: „Ein neuer Arbeiterverrat des christlichen Metallarbeiterverbandes“. Kräftige Ordnen haben wohl Besorgnisse mit Uebertracht noch nie gezeitert als in diesem Laborat. Das „Wert“ ist des Herrn „Ingenieurs“ würdig. Aber — der „geistliche“ Geld hat nun nicht einmal den Mut, seine Vaterhaft an dieser „Schmeichelei“ öffentlich zu bekennen und zu verteidigen. Um ihm Gelegenheit zur Verteidigung seiner „Taktik“ zu geben, hatten wir nämlich für den 11. und 12. April allgemeine Betriebsversammlungen für die Arbeiter der Firma einberufen. Anstatt selbst zu erscheinen, hatte Ernst 4 Mitglieder seiner Organisation beordert, welche die „Freie Presse“ verteilen mußten. Von Kollegen Mes zur Rebe gestellt, gaben die vier Genossen Herzogsgeld; andere der erschienenen Genossen gaben ihre Anwesenheit durch reichlich genossenen Alkohol kund. In scharfer Weise kritisierten Kollege Mes und Kollege Hirscher-Eiden das Gebahren des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Folgende Resolution wurde in beiden Versammlungen fast einstimmig angenommen:

„Die am 11. bzw. am 12. April im Gähoff'schen Saale tagenden Betriebsversammlungen der Firma Eiden u. Co. nehmen Kenntnis von dem arbeiterverräterischen Treiben des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Gagen. Sie erklären sich mit dem Vorgehen des christlichen Metallarbeiterverbandes voll und ganz einverstanden, insofern er es ablehnt, mit dem sozialdemokratischen Verbände bei der Firma Eiden gemeinsame Sache zu machen. Sie verurteilt entschieden die Handlungsweise des Genossen Ernst, der mitten in einer ersten Situation die Fackel der Zulekraft in die Hände der Arbeiter geworfen hat, der sich nicht schonte, die schamlosesten Verleumdungen gegen den christlichen Metallarbeiterverband zu erheben. Die Versammlung erkennt an, daß gerade das Verhalten der sozialdemokratischen Führer für alle ehrlich denkenden Arbeiter ein Vorwurf sein muß, den christlichen Metallarbeiterverband zu stärken.“

Genosse Ernst wurde nach diesen Versammlungen recht schweigsam. Erst nach Verlauf von 14 Tagen hat er, der sonst so Redselige, die Sprache wiedergefunden. Während er selbst nicht den Mut besitzt, in unserer Versammlung zu erscheinen, laudte Ernst am 21. April eine Einladung an uns, zu einer von den Genossen und Hirsch-Dunderschen einberufenen Versammlung. Unsere hiesige Ortsverwaltung beantwortete die Einladung wie folgt:

Gagen, den 22. April 1911

An den Deutschen Metallarbeiterverband z. S. des Herrn Ernst.

Den Eingang Ihrer liebenswürdigen Einladung zu der Betriebsversammlung für die Arbeiter der Firma Eiden u. Co. bekräftigen wir. Aus folgenden Gründen nehmen wir nicht an der Versammlung teil:

1. Weil wir anderweit verhindert sind.
2. Weil wir annehmen, nur Ihrem Herzenswunsche zu entsprechen, wenn wir Sie mit Ihrem Bundesgenossen allein tagen lassen.
3. Wenn es Ihnen auf eine ehrliche Auseinandersetzung mit unserer Organisation ankommt, warum erschienen Sie nicht in den unserseits bereits am 11. und 12. April arrangierten Besprechungen?

Der christliche Metallarbeiterverband glaubt auch wohl im Sinne der Eiden'schen Arbeiter zu sprechen, wenn wir Ihnen empfehlen, die Tagesordnung dahin richtig zu stellen, als es Leihen muß: Der Arbeiterverrat des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

(Unterschrift.)

Aus diesem Schreiben wird der Pseudo-Ingenieur und Genosse Ernst wohl entnehmen haben, daß der christliche Metallarbeiterverband ihm nicht behilflich ist, sein erbärmliches Spiel zu vertuschen. Denn durch sein Verschlingens des christlichen Metallarbeiterverbandes versucht er nur, über die für ihn üble Situation hinwegzukommen. Die christlichen Metallarbeiter von Gagen kennen ihren Spiegelberg und die Arbeiter der Firma Eiden u. Co. insbesondere werden es dem Genossen Ernst nicht vergessen, daß er es war, der mit ihren Interessen Schindluder getrieben hat.

Sache als Verleumder der christlichen Gewerkschaften.

In Dover hat am 27. Januar ds. Jz. eine Sitzung des Komitees der internationalen (sozialdemokratischen) Bergarbeitervereinigung stattgefunden. Die sozialdemokratischen deutschen Delegierten haben dort in der Verleumdung der christlichen Gewerkschaften Hervorragendes geleistet. Laut den vom „Bergknappen“ Nr. 18/1911 bruchstückweise veröffentlichten Protokoll hat der sozialdemokratische Verbandsvorsitzende und Abg. Sachse bezgl. der christlichen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland erklärt, hier gebe es zwei Gruppen dieser katholischen (!) Gewerkschaften, die streng katholischen Fachabteilungen, die mit Katholiken aufnahmen und den Streik als Sünde erklärten, und die christlichen Gewerkschaften, die auch ein paar (!) protestantische Mitglieder hätten und den Streik nicht prinzipiell ablehnten. Dann listete Herr Abg. Sachse, der Vorsitzende des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes und „Renner“ der christlichen Arbeiterbewegung den Ausländern folgenden kaum zu übertreffenden Uninn auf:

„Man habe in den letzten paar Jahren zwischen dem katholischen Bischof von Breslau und dem katholischen Bischof von Köln ein Streit bestanden. Der letztere habe sich der Sache der christlichen Gewerkschaften und der erste, der Breslauer Bischof, der Sache der Fachvereine, die das Streikrecht nicht anerkennen, angenommen. Der Streit sei dadurch beigelegt worden, daß beide Parteien zum Papp ge gangen seien. Nach den Zeitungsberichten sollten nun beide Gruppen bestehen bleiben, aber die Gewerksvereine, zu denen der christliche Gewerksverein gehöre, sollten in der Praxis das Streikrecht aufgeben und sich in ihren Ansichten den Fachvereinen anpassen. Der Gewerksverein wolle nicht streiken und die Idee des Streiks seinen Mitgliedern allmählich austreiben.“

Ist es bei einer solchen direkt wahrheitswidrigen Information verwunderlich, wenn in ausländischen Arbeiterkreisen die unzutreffendsten und bestochenen Ansichten über die christlichen Gewerkschaften in Deutschland vorhanden sind?

Mundschau.

Der Gesamtverband der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands hält vom 6. bis 8. Juli in Leipzig seine Delegiertenversammlung ab. Das Programm sieht u. a. vor: Dienstag den 6. Juni, nachmittags 4 Uhr: Anspruchsprüfung des Gesamtverbandes. Abends 8 Uhr im „Plauensaal“ des Zoologischen Gartens: Gesellschaftliches Beisammensein der Delegierten mit den Leipziger Fremden. Mittwoch den 7. Juni, morgens 9 Uhr, ebendort: Delegiertenversammlung. Vortrag des Herrn Professor Dr. Wendt-Franke über: „Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie“. Bericht des Vorsitzenden Dr. Weber. Bericht des Schriftführers P. Arndt. Rassenbericht. Anträge. Abends 8 Uhr: Freier des 20. Jahrestages des G. A. B. Arbeitervereins Leipzig. Festrede D. Weber. Donnerstag den 8. Juni: Schluß der Delegiertenversammlung. Besichtigung des Reichsgerichts und des Völkerschichtdenkmals. Im Anschluß an die Delegiertenversammlung findet am Freitag den 9. Juni ein Besuch der Internationalen Hygienischen Ausstellung in Dresden statt.

Hundert Jahre waren am 26. April seit der Gründung des Kölner Gewerbegerichts verstrichen. Es ist französischer Ursprungs. Bekanntlich fiel die linke Rheingebiete nach dem unglücklichen Kreuze an Frankreich und kam diese dadurch auch unter das französische Recht. Im französischen Recht waren Ratkammern für Gewerbe, Fabriken, Minen und Handwerk vorgesehen, welche u. a. auch die gewerblichen Streitigkeiten schlichteten. Nach Abführung der Fremdherrschaft durch Preußen übernahm die Rheinische Gewerbebehörde die Verwaltung. Im Jahre 1844 erhielt das Gewerbegericht durch königliche Verordnung den Namen „Königliches Gewerbegericht“ zu Köln; den Namen führen bis heute noch die Rheinischen Gewerbegerichte. Die Einwohnerzahl im Bezirk des königlichen Gewerbegerichts Köln ist von 40 042 im Jahre 1911 zurückgegangen auf 382 000 angewachsen. In entsprechender Weise ist auch die Bedeutung des Gerichts gesunken. Bei der ersten Wahl am 8. August 1844 beteiligten sich 31 Wähler an der Wahl der Ratsglieder. Bei der letzten Wahl kamen 2426 Arbeitgeber und 23 830 Arbeiter zur Urne. Nach der Festsetzung ist das königliche Gewerbegericht Köln seit 1896 26mal als Einigungsamt tätig gewesen, in 16 Fällen kam eine Bereinbarung zustande, außerdem wurden vier Einschüßsprüche abgegeben. In weiteren 40 Fällen, in denen das Gewerbegericht seine Vermittelnde Tätigkeit angeboten hatte, oder die Anrufung nur von einer Seite erfolgt war, kam es nicht zur Verhandlung, weil bedauerlicherweise in 30 Fällen die Arbeitgeber, in einem Falle die Arbeitnehmer diese ablehnten. Seit 1892 sind 15 Gutachten abgegeben worden und acht Urteile gestellt worden. Das hundertjährige Jubiläum ist festlich begangen worden im altberühmten Gürzenich. Die königliche Volkszeitung berichtet von der Feier u. a. folgendes:

„... Während alle Redner sich auf dem Boden strengster Neutralität bewegten, hielt es der Sprecher der „freien“ Gewerkschaften — die übrigens bei der offiziellen Feier mit Kaiserhoch schieden —, Herr Schildgen, für angezeigt, die Politik in diesem Kreis zu zerren. Er führte anerkennend das Bedürfnis, auf neue einen Beweis dafür zu erbringen, daß „freie“ Gewerkschaften und Sozialdemokratie eins sind, indem er sozialdemokratische Membranen aus der Zeit des Sozialistengesetzes aufwühlte. Auch die Tätigkeit des Herrn Deder (langjähriger Gewerbegerichtsvorsitzender) beurteilte er im sozialdemokratischen Sinne durchaus einseitig, wenn er ihr auch großes Lob spenden durfte. Von der Mehrzahl der Festteilnehmer wurden die Ausführungen des sozialdemokratischen Redners als taktlos bezeichnet. Wohlwollend stachen von diesen Worten ab die Ausführungen eines Vertreters der christlichen Gewerkschaften, des Herrn Schükens, der in herzlicher Weise Herrn Deder für sein umsichtiges segensreiches Wirken lobte...“

Die Genossen sind halt spaffige Künze; sie müssen an der reichsten Tafel immer noch eine Extrawurst haben. Durch solche Schnobbertigkeit bringen sie die Arbeiterschaft immer noch weiter in Miskredit.

Große Ueberstundenanzahlen in einem Grobblechwalzwerk. Im Jahresbericht des Gewerbeaufsichtsamtes des Bezirks Münster pro 1910 ist zu lesen, daß zwei Grobblechwalzwerke der Gutehoffnungshütte auf dem Grobblechwalzwerk in Oberfeld in drei Monaten 224 bzw. 190 Ueberstunden geleistet haben. Der eine leistete im Mai 72, davon Sonntags 0, im Juni 72, davon Sonntags 0, im Juli 80, davon Sonntags 12; also insgesamt 224 Ueberstunden. Der andere: im August 56, davon Sonntags 0, im September 45, davon Sonntags 4, im Oktober 89, davon Sonntags 12; also insgesamt 190 Ueberstunden. Nicht man die am Sonntag gemachten Ueberstunden ab, so entfallen auf den ersten Arbeiter täglich ca. 3 Stunden Ueberarbeit. Zu diesem reichbemessenen Quantum treten dann im Juli auch noch 12 Stunden Sonntagarbeit. Der zweite bringt es ohne seine 16 Sonntagüberstunden täglich auf 2 ein Fünftel Ueberstunden. Unter Berücksichtigung der schweren Arbeit eines Grobblechwalzwerkes scheint die Ueberstundenzahl angesichts einer 12stündigen täglichen Arbeitszeit rechtlich hoch. Da wird geradezu Raubbau mit der Arbeitskraft getrieben. Solange die Hüttenarbeiter sich nicht aufraffen und der Organisation beitreten, wird keine Abhilfe geschaffen werden können — oder sollten die Dinge noch schlimmer werden müssen, ehe es besser wird?

Festes Zusammenhalten bringt auch die Scharfmacher zur Anerkennung des Koalitionsrechtes. Eine Schuhfabrik im Bezirk Kassel hatte nach dem Bericht des dortigen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1910 in früheren Jahren die Arbeiter gezwungen, aus der Organisation auszutreten, wenn sie weiterbeschäftigt werden wollten. Der Austritt vollzog sich fast ausnahmslos. Im vergangenen Jahre sollte ein Arbeiter wegen entbehrter Zugehörigkeit zur Organisation entlassen werden. Der Unternehmer hatte aber die Rechnung ohne die Arbeiter gemacht. Sie waren inzwischen der Organisation wieder beigetreten. Als Antwort auf die Befehdung des Koalitionsrechtes legten die Arbeiter die Arbeit nieder. Da die Arbeitsniederlegung in die Zeit fiel, wo zahlreiche Aufträge der Erledigung harren, sah sich der Fabrikleiter gezwungen, seine organisationsfeindliche Stellung nach eintägigem Streik aufzugeben.

Der Zentralverband deutscher Industrieller hielt in Berlin eine mächtig besuchte Delegiertenversammlung ab. Es wurde Stellung genommen zur Reichsversicherungsordnung und zur Privatbeamtenversicherung. Die markantesten Stellen in der langen Resolution zu den Beschlüssen der Reichstagskommission für die Reichsversicherungsordnung lauten in dem Satz: „Nur keine neue Belastung der Industrie.“ Ein-

verstanden sind die Industriellen mit einer „angemessenen“ finanziellen Hilfe für die Witwen und Waisen. Die Betriebskrankentassen sollen keinerlei Einschränkungen erfahren. Eine Ausdehnung der Krankentassenberechtigungen erscheint ihnen sehr bedenklich. Die Lösung der Kräftefrage hat auch nicht ihren Beifall gefunden. Zur Unfallversicherung werden auch eine Reihe Einwendungen gemacht. Zur Invalidenversicherung heißt es wörtlich in der Resolution: „Der Zentralverband muß diejenigen Bestimmungen mit Nachdruck bekämpfen, welche eine neue und unberechtigte Belastung der Arbeitgeber in sich schließen; er rechnet dahin insbesondere die Einführung einer Kinderzuschulenzute für alle Invalidenrentenempfänger mit Kindern unter 15 Jahren.“ Zum Schluß erklärt dann der Zentralverband deutscher Industrieller die Beschlüsse der Reichstagskommission für unannehmbar. Das- selbe haben bekanntlich auch die Sozialdemokraten getan, welche in unzähligen Protestversammlungen Sturm liefen gegen die Beschlüsse der Reichstagskommission, wofür ihnen Professor Franke in der „Sozialen Praxis“ den Danks sagt. Man kann also bei der kommenden Beratung der Reichsversicherungsordnung auf mancherlei gefaßt sein. — Der Gesetzgebungsurteil zur Regelung der Privatbeamtenversicherung ist für den Zentralverband der Industriellen auch nicht brauchbar. Er will die Privatbeamtenversicherung durch Ausbau der Invalidenversicherung erreichen. Der wahre Grund für den Widerstand dürfte wohl darin zu suchen sein, daß die Herren für ihre Wohlfaßloseinrichtungen, genannt Werksklassen, sich um die Gesundheit der Arbeiter kümmern, sich um die Reichskasse ohne Verlust an Rechten überzutreten, dann muß man das auch den Arbeitern zugehen. Und die Richtung geht den Herren wider den Strich.

Das „Engros-Geschäft“ zur Vermittelung von Streibreden und des Herrn Goldfried Jerber in Wismar hat eine neue Konkurrenz bekommen. „Internationaler Arbeitsnachweis“ — größtes Bureau Deutschlands für Streibredengeschäften — bezeichnet ein gewerbmäßiger Vermittler in Wismar seinen Geschäftsbereich, dessen Spezialität, nach dem „Arbeitsmarkt“, die Beschaffung von Arbeitswilligen bei Lohnkämpfen im Groß- und Kleinhandel und des

„Infolge heftiger Lage auf dem Arbeitsmarkt und des Vorgehens der organisierten Arbeiterschaft, sowie deren Organe, hat sich obiges Bureau zur Aufgabe gemacht, bei vorkommenden Streiks und Sperrungen den Herren Arbeitgebern arbeitswilliges Personal gleicher Qualität in jeder gewünschter Anzahl sofort zur Verfügung zu stellen. Die Arbeitswilligen stehen der Öffentlichkeit stets näher als die Streikenden. Unsere Vermittlung hat also auch vom Standpunkte des Arbeitnehmers immer den Rechtswagen unter den Füssen.“

Zu schweiger Form wird weiter gesagt, daß die Firma in einem Zeitraum von acht Tagen 8000 Leute stellen, in zwei Jahren bei 40 Streiktagen 5000 Arbeiter geliefert hat und eine Arbeitswilligenkolonne von 400 geübten Arbeitern auf telegraphischen Anruf sofort nach einem vom Streik bedrohten Werke senden kann. — Jetzt fehlt nur noch, daß die moderne Klebenhändler-G. m. b. H. den Herren Arbeitgebern einen illustrierten Preislistent über ihre „Spezialitäten“ zur Verfügung stellt. Vielleicht zieht's!

Die Geschäftsergebnisse der Metallindustrie pro 1910 werden jetzt in steigendem Maße bekannt. Von den 13 Geschäftsberichten, die uns in der letzten Woche zu Gesicht kamen, verteilen 10 eine höhere oder doch die gleiche Dividende wie im Vorjahre, während nur drei einen ganz geringen Rückgang zu verzeichnen hatten. Ein Dividendenver-

	1910	1909
Motorenfabrik Berlin-Hagen	15 %	12 1/2 %
Schleifische A.-G. für Bergbau u. Hüttenbetrieb	17 %	16 %
Armaturen- und Maschinenschiffbau A.-G. vorm. J. A. Hilpert in Nürnberg	5 1/2 %	4 %
Mitlen-Maschinenfabrik Kyffhäuserhütte in Artlen	12 %	8 %
Eisenwerk Kraft bei Stettin	12 %	11 %
Hedderheimer Kupferwerk u. Eisendreh- u. Schleifwerk A.-G. in Frankfurt a. M.	7 %	7 %
F. Rippertsbau u. Söhne in Gelsenkirchen	12 %	12 %
Maschinenfabrik Moenig in Frankfurt a. M.	24 %	24 %
A. G. Schillerwerk in Godesberg	16 %	10 %
Maschinenfabrik Halle in Bochum	16 %	16 %
Braunbau-A.-G. Harfurt in Tuisburg	9 1/2 %	10 %
Brücken- u. Signalbau-A.-G. Heinz Lehmann in Berlin	7 %	10 %
Berlin-Anhaltische Maschinenbau-A.-G.	10 %	12 %

Zur Maifeier leistet sich die nord. Metallarbeiterzeitung einen politischen Essay. Nach ihrer Meinung steht den Metallarbeitern in diesem Jahre ein ganz besonders reiches Material zur Verfügung. Da muß doch Sympathie in die chaotische Fülle. Die Metallarbeiterzeitung veröffentlicht nun eine Disposition von verblüffendem Eindrud. Von den „Mitarbeiter“ im Jahre 1902, die, nebenbei bemerkt, von ihren Mitarbeitern gelegentlich schon mal als Schlagsprache abgeben sind, geht über die Reichsfinanzreform zur „berufsanstalt“ Reichsversicherungsordnung. So! Das innerpolitische wäre in Ordnung. Jetzt kommt das auswärtige Konzept daran. Das Stedenfahrd „Nationalismus“ wird gefaktelt und gequält zum geimnen Ritt gegen des Reiches höchsten Kanler. Der will ja partont an die anglo-amerikanischen Friedensschancen nicht glauben. Dafür soll das Proletariat am Wahltag jahreslich mit ihr abrechnen. Die Maifeier soll dazu den Anstoß abgeben und den roten Partei- und Gewerkschaftsorganisationen neue Mitglieder zuführen. Zum Schluß ihres Essays wird die Metallarbeiterzeitung elegisch. Die Maifeier soll auch sein eine Demonstration für ein Gesellschaftsideal, in dem jeder Mensch glücklich sei. Wie dieses anzufangen ist, verrät sie allerdings nicht. Hoffentlich kommt der Metallarbeiterzeitung am 1. Mai eine diesbezügliche Erleuchtung, dadurch würde sie vielleicht auch bei den aufständigen Hamburgern wieder zu Gnaden kommen. Die Parteiliteraten könnten auch ein Einsehen haben, damit das Rebellkild vom glücklichen Gesellschaftsideal endlich einmal auf die Platte gebannt u. unter Glas u. Rahmen gebracht wird. Inzwischen harren die Gläubigen der Dinge, die da kommen sollen und — nicht wollen. Hoffen und harren macht manchen zum...!

Einfach totgeschlagen wird die Maifeier vom Correspondent für Deutschlands sozialdemokratische Buchdrucker. Seine Spraken sind diesem edlen Zweck gewidmet. Mit Bienenfleisch sind darin alle Monitas gegen die Maifeier aus der

sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspretse zusammengetragen. Als Schutzwand bei dieser gefährlichen Arbeit richtet der Correspondent die schwarzen Pläne auf, welche die Reaktionäre gegen die Arbeiterbewegung im Schilde führen. Damit der Ansturm der „Ultras“ gegen ihn nicht allzu stark wird, zeigt er dann so nebenhin zum so- und joviellen Male die bösen Christen des Arbeiterberrats. Das vorzulesen wir dem armen Schächer gern; er muß ja — sonst wird er gekent, wie weiland Meschäuser. Troghem und alldem aber kann der Correspondent so recht gar nicht in die Festimmung hineinkommen und resigniert meint er zum Schluß: „... So schielst denn der Mal diesmal der Bonnen wegnie, zu bergen.“ — Na, wir wollen ihm beßhalb die Maßstimmung nicht noch weiter verlaufen, zumal der arme Schelm mit den „Freunden“ aus dem eigenen Lager schon seine liebe Arbeit haben wird.

Wenn er „Ich“ sagt — Genosse Karl Spiegel nämlich — dann erzählt er von den Groftaten der Bergangeheit, Gegenwart und Zukunft. Wenn er aber „Sie“ sagt — o wehe, dann phantastiert er von den „Schwarzen“ und schimpft sich ganz weiblich aus über die Böhmerlinge, die in seinem 7. Bezirk mit dem, was Spiegel „Christentum“ nennt, „Schindluder“ treiben. Karlchen wir's „übel“ od' diesem Treiben der „Christen“; er hat sich übernommen an dem, was wir ihm in unserer Nr. 14 als heilsam abblühendes Getränk für seine gereizte Nervosität vorsehten. Gleichwohl, es hat geholfen! Beweis: Der Patient gab am 25. 4. in seinen Wahlkreis-Spruch „Volkstimme“ alle die unverdauten Brocken der roten Subbellkankost wieder von sich, die die Ursache seiner nervösen Magenkrämpfe waren. Es wird ihm darob ersichtlich leichter. Zwischen dem „Sie“ erstrahlt sogar das „Ich“ wieder in rosigen Licht. „Wenn ich das Mandat erhalte, werden die Wähler nicht betrogen.“ Na, wenn? dann werden wir ja sehen, ob Karl Spiegel sich vom roten Fettsch Erfurter Programm trotz des letzten Magdeburger Inquisitionskriminals emanzipieren kann; also hoffen wir für sein Rückgrat das beste. — Schließlich ist die Gerichtsungsarbeit zu Ende und Karl kommt wieder zu „Ich“. Das Vorstehende mag den Christen genügen, ich habe momentan nicht mehr Zeit für sie übrig. — Na, es soll uns freuen, wenn die Kur geholfen und wir unsere Zeit wieder zu wichtigere Arbeit verwenden können.

Die „Rheinische Zeitung“ leidet anscheinend an einer krankhaften Sehne vor der objektiven Berichterstattung. Das zeigt sich recht deutlich in einem „Gewerkschaftschriften und Scharfmacher“ betitelt Geschreibsel in ihrer Nr. 99 vom 28. April. Sie philosophiemiert förmlich blindgläubigen Psephublikum dort ektra vor über angebliche „Harmonie und Seelengemeinschaft von Gewerkschaftschriften und Scharfmachern“ und stellt zu diesem Zwecke 7 Sätze aus dem Bericht in Nr. 15 unserer Organs über den Zusammenbruch des Maschinenputzers auf der Dortmunder Union 7 Sätzen des Verichts der Nr. 16 der „Arbeitgeberzeitung“ über den gleichen Fall gegenüber. Weit nun sowohl der Artikel unserer Organs wie auch der gleichzeitig in der „Arbeitgeberzeitung“ veröffentlichte das vorliegende Tatsachenmaterial wiedergeben, stimmen die beiden Artikel insoweit auch naturgemäß inhaltlich überein — es ist eben nicht unsere Art, die Wahrheit der „Rheinischen“ zuliebe auf den Kopf zu stellen. Ergötzlich wird es auch davon die christlichen Arbeiter anmuten, wenn die Rheinische Hasserin der Objektivität sie also apostrophiert:

„Muß nicht allen christlich Organisierten ein Licht aufgehen, wissen sie nun noch nicht, mit wem sie es zu tun haben, wissen sie nun noch immer nicht, wo sie hingehören?“

Beruhige dich nur, „Rheinische“, die „christlich Organisierten“ wissen schon, wo sie hingehören, sie wissen sogar, daß sozialdemokratische Presse und Wahrheit unvereinbare Gegenätze sind.

Streits und Lohnbewegungen.

Zum Streik der Kunst- und Ausschloffer in Regensburg.

Der seit dem Jahre 1908 gültige Tarifvertrag der hiesigen Schloffer wurde am 11. Februar von den Arbeitgebern gekündigt. Den Arbeiterorganisationen legten sie einen Tarifvertrag vor, worin sie wohl die Umrechnung von 60 auf 56 Stunden zugestehen wollten, alleinst eine Lohnhöhung sollte nicht eintreten, ebenso sollten auch die Mindestlöhne nicht erhöht werden. Damit konnten sich die Vertreter der Schloffer nicht einverstanden erklären. Die Verhältnisse führten nun dazu, den Meistern einen Vertrag zu unterbreiten, worin unsere Wünsche niedergelegt sind. Es sollte neben der Umrechnung eine sofortige Lohnhöhung von 3 Pfennig und 1912 eine solche von 2 Pfennig eintreten. Die Mindestlöhne sollten ebenfalls eine angemessene Erhöhung erfahren, auch den frisch ausgearbeiteten Gesellen sollte ein Mindestlohn garantiert werden. Diese Forderungen der Gehilfen wurden von den Meistern hartnäckig zurückgewiesen und sollte erklärt, keine weiteren Zugeständnisse machen zu können, als wie sie der Entwurf der Meister enthalte. Die Einigkeit der Schloffermeister, die durch einen Wechsel von von 300 Mark zusammengehalten wird, macht ihren sehr schiefen Ton erklärlich. Am 19. April ging nun die Firma Hirschgmann zug über, ihre Gesellen aus zuperven. Die Organisationen erklärten darauf am 20. April bei einer der maßgebendsten Firmen den Streik, um damit die Ausschloffergehilfen der Arbeitgeber zu beschäftigen und sie zu neuen Verhandlungen zu zwingen; allein bergabens. Am 22. April traten die Schloffer auf der ganzen Linie in Streik. Von den zirka 60 Gehilfen stehen 50 im Streik. Die Einigkeit der Arbeiter ist eine gute zu nennen, und nachdem die öffentliche Meinung ganz auf der Seite der Arbeiter steht, ist um so mehr auf einen gerechten Sieg zu hoffen. Die Arbeitgeber lassen kein Mittel unversucht, die einzelnen Arbeiter von ihrem Rechte abzubringen, ja sogar höhere Löhne will man der Arbeitererschaft geben, wenn — je ihrer Organisation untreu werde. In dieser Beziehung haben sich die Herren Schloffermeister jedoch schwer getäuht. Die Arbeiter wissen, daß der Kampf doch nur zu ihren Gunsten geführt wird. Wenn die Schloffermeister immer und immer wieder bei den Verhandlungen auf die Konkurrenz und die auswärtigen Meister hinweisen, so mögen sie doch von ihren Arbeitern lernen: daß die Organisation hier Abhilfe schaffen kann. Nicht der Kampf gegen die Arbeiterorganisationen kann ihnen Erfolg bringen; sondern das geschlossene Vorgehen sowohl der Meister als Gehilfen gegen die Schmalhändlerkonkurrenz wird

unser Schlossergewerbe zu neuer Leistungsfähigkeit fähigen. In Regensburg wäre gerade nach dieser Richtung noch ein großes Arbeitsgebiet.

Der „Wechsel“ der Arbeitgeberorganisation hat in der Durchführung den Gedanken aufgenommen lassen, ob hier nicht eine Verletzung des Gesetzes vorliegt. Die Arbeitgeberchaft urteilt nach gerechten Gesichtspunkten, sie sagt sich, wenn die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung für die Arbeiter Anwendung finden, dann kann es den Meistern doch nicht gestattet sein, ein solches Mittel, das dem einen oder anderen Schaden zufügt und ihm den Rücktritt von der Quallition verlegt, in Anwendung zu bringen.

Leider ist es uns noch nicht gelungen, den Wortlaut der Quallitionszwangs-Bestimmungen zu erhalten. Die Firma Näsbaumer hat mit ihren Arbeitern ebenfalls einen sonderbaren Vertrag abgeschlossen, danach ist denselben die Teilnahme an einem Streik nicht gestattet. Diese Firma, die zu den Leistungsfähigen gehört, hat sich vor Schaden gehütet, während die anderen Meister durch Verträge, die der Erlaubnis haben, ins Hintertreffen geraten sind. Manche Meister wären geneigt, mit den Organisationsrat zu verhandeln, und eine Lohnsteigerung zuzugestehen, allein das Gesetzt des 300 Mark-Wortes steht ihnen im Wege. Ein Teil der Schlossermeister hat schon erklärt, daß sie in Zukunft wohl für einen solchen Streik nicht mehr zu haben sind und lieber den Arbeiterorganisationen den Tarif unterwerfen, als sich durch die Manipulation einzelner Quallitionsschlossermeister solchen Schaden zufügen zu lassen. Mögen die Herren bald zu der Ansicht gelangen, daß nicht der Kampf gegen die Organisationen der Arbeiter zum Ziele führt, sondern ein gegenseitiges Sich-verstehen-lernen. Die Einigkeit der Schlosserzellen in Regensburg wird Ihnen einen gerechten Sieg sichern und die Pläne der Schlossermeister durchkreuzen.

„Reicht ist die schwache Kraft des einzelnen gebrochen — Vereinte Kräfte kann man niemals unterjochen.“

Streik und Aussperrung auf der Schiffswerft Schichau in Danzig.

Wie in voriger Nummer mitgeteilt, sind am Montag, den 24. April, sämtliche bis dahin noch im Betriebe befindlichen Arbeiter, ausgesperrt worden. Unmittelbar vor Schluß der Arbeit am Sonnabend, den 22. April, war auf der Werft folgender Anschlag bekannt gemacht worden: „Weil die regelmäßige Arbeit durch allerhand Unordnungen der Streikleitung während der letzten Tage gestört worden ist, werden alle diejenigen Arbeiter entlassen, die sich genötigt sehen, die Anweisungen der Streikleitung zu befolgen. Diejenigen Arbeiter, die durch die Vorschriften der Streikleitung nicht behindert sind, können am Montag früh 6 Uhr die Arbeit fortsetzen, nachdem sie im Arbeiterbeiseal dem Unterzeichneter gegenüber die Erklärung abgegeben haben, ohne Rücksicht auf die Streikleitung die Arbeit fortsetzen zu wollen. Die entlassenen Arbeiter können am Dienstag, den 25. April, die Werkzeuge abholen und am Sonnabend, den 29. April, bei Ihnen zustehenden Arbeitsverdienst in Empfang nehmen.“
gez. Carlson.

Am Sonntag, den 23. April, nachmittags 3 Uhr fand im Hofeshaue eine Versammlung der in Frage stehenden Arbeiter statt. Es wurde einstimmig beschlossen, durch eine Kommission von fünf Mitglidern der Werfteleitung folgende Antwort auf den Anschlag zuzustellen: „Sehr geehrter Herr Carlson!

Die von Ihnen als solche angebrochene Streikleitung hat bisher nichts anderes getan, als dem Verlangen der im Schiffbau Ihres Betriebes beschäftigten Arbeiter nachzugeben, den Streik dieser Abteilung zu erklären, und zwar nur deshalb, weil Sie jede Verhandlung mit dem Krankenkassenvorstand als Arbeiterausschuss abgelehnt haben. Dabon werden die zurzeit noch beschäftigten Arbeiter nicht betroffen. Streikarbeit verweigern wir. Was die sogenannte Streikkommission sonst noch beschließen wird, wissen wir nicht, können demzufolge dazu auch keine Erklärung abgeben.“

Am Montag, den 24. April, morgens 6 Uhr wurde diese Entscheidung dem Vertreter der Werft überreicht. Nachdem Herr Carlson davon Kenntnis genommen, erklärte er: wer mit dieser Entscheidung einverstanden sei, sei entlassen. Darauf versicherten sämtliche Arbeiter die Werft. Vorher erklärte noch Herr Carlson im Gebräch mit den Arbeitern, daß er jederzeit zu Verhandlungen mit seinen Arbeitern bereit sei und zu diesem Zwecke den ganzen Tag auf der Werft verbleibe. Als nun nachmittags 2 1/2 Uhr die Beauftragten der Arbeiter bei Herrn Carlson erschienen, wurde ihnen ein schon bereit liegendes Schriftstück überreicht, welches lautete::

F. Schichau,
Schiffswerft in Danzig.

Danzig, den 24. April 1911.
An die Vertrauenskommission der Arbeiterchaft der Firma Schichau, Danzig.

Veranlassung zu der Gesamtsperrung haben die Anordnungen der Streikleitung gegeben. Die Streikleitung fing an, ganz willkürlich allerhand Arbeiten, die mit den streikenden Schiffbauern, Riehm, Schmieden etc. nicht das Geringste zu tun hatten, als „Streikarbeit“ zu bezeichnen. Der Versuch, „Regina“ festzuhalten, war ein Uebergriff seitens der Streikleitung und führte zur Entlassung von Geizern und Hofarbeitern. Die fortwährenden Belästigungen und Bedrohungen der Arbeitswilligen auf der Werft am Sonnabend machte(n) eine sofortige Schließung der Werft notwendig.
Zu den von der Vertrauenskommission gestellten Forderungen erklärt die Firma Schichau: „Es liegt keine Veranlassung vor, Änderungen in der Arbeitsordnung zu machen. Die gestellten Lohnforderungen können nicht bewilligt werden. Ueberhaupt können Lohnsteigerungen bei der jetzigen ungünstigen Beschäftigung nicht in Frage kommen. Zu den alten Bedingungen kann die Arbeit zu jeder Zeit wieder aufgenommen werden.“

Hochachtungsvoll
H. F. Schichau, Schiffswerft zu Danzig.
C. Carlson.

Der erste Absatz dieses Schriftstückes war schon am Montag den Redaktionen der Danziger Tageszeitungen — mit Ausnahme des „Postboten“ — als

„Mitteilung der Firma F. Schichau“ zugegangen und veröffentlicht worden.

Die Arbeiter gaben hierauf die Antwort in drei am Mittwoch, den 26. April abgehaltenen Versammlungen, in denen einstimmig folgende Entschliebung angenommen wurde:

Die am Mittwoch, den 26. April, nachmittags 3 Uhr, im St. Josephshaus (in der Maurer-Herberge bei Stephany) versammelten Arbeiter der Firma Schichau, sind zwar sowohl die am 6. April in den Anstand getretenen, als auch die später von der Werfteleitung ausgesperrten, nehmen Kenntnis von dem Ergebnis der Unterredung, die zwischen Herrn Carlson als dem Vertreter der Werft und dem Arbeiterausschuss als der Vertretung der Arbeiterchaft am Montag, den 24. April, nachmittags 3 Uhr, auf der Werft stattgefunden hat.

Die Versammelten stellen fest, daß diese Unterredung von Herrn Carlson herantastet war und daß die Arbeiter durch Ueberredungen, die Herr Carlson am Morgen desselben Tages im Messerhaue getan hatte, in den Glauben veretzt waren, die Werfteleitung sei zu Verhandlungen bereit.

Die Arbeiter bedauern überaus, daß Herr Carlson, statt die Verhandlung zu eröffnen, durch ein vorher schon aufgegebenes Schriftstück jede Verhandlung ablehnte.

Die Arbeiter sind fest überzeugt, daß die Bewilligung der gestellten Forderungen die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit der Firma nicht beeinträchtigen würde.

Die Arbeiterchaft der Firma hat diese Forderungen gestellt lediglich im Interesse einer menschenwürdigen Lebenshaltung, zur Erhaltung der eignen Arbeitskraft und Gesundheit, und im Interesse ihrer Familien.

Die Arbeiterchaft der Firma hat die Forderungen gestellt aus eigener Entschliebung und nach sorgfältiger Ueberlegung. Sie weiß die Behauptung zurück, daß sie von hiesigen und auswärtigen Agitatoren dazu veranlaßt und angehetzt sei.

Die Arbeiterchaft der Firma Schichau legt ferner Verwahrung ein gegen die Behauptung, daß „die fortwährenden Belästigungen und Bedrohungen der Arbeitswilligen auf der Werft am Sonnabend die sofortige Schließung der Werft notwendig gemacht“ habe.

Die Arbeiterchaft bekennt diese Behauptung um so mehr, als sie nicht nur in dem dem Ausschuss überreichten Schriftstück, sondern gleichzeitig auch in der Presse von der Firma erhoben worden ist.

Die Versammlung stellt fest, daß bis zur Stunde für diese Behauptung noch nicht der geringste Beweis vorliegt. Die Arbeiterchaft erklärt einstimmig, daß sie nicht aus Lust an Kampf und Streit, sondern lediglich im Interesse ihrer Selbsterhaltung an den gestellten Forderungen festhält.“

Diese Resolution wurde der Firma Schichau mit folgendem Begleitschreiben zugestellt:

Danzig, 26. April 1911.
Und te Firma F. Schichau, Schiffswerft zu Danzig,
b. B. des Herrn C. Carlson, Danzig.

Wir, Hochachtungsvoll überreichen wir hiermit im Auftrage der Arbeiterchaft der Werft den am heutigen Tage auf das Schreiben vom 24. d. Mts. einstimmig gefaßten Beschluß.

Hochachtungsvoll
Die Vertrauenskommission der Arbeiterchaft.
(Unterschriften.)

Die Gesamtzahl der Ausständigen und Aussperrten beträgt rund 1500. Der christliche Metallarbeiterverband ist mit 315 Mitgliedern, die übrigen christlichen Gewerkschaften (Transportarbeiter, Holzarbeiter und Maler) sind mit über 100 Mitgliedern beteiligt.

Das Organ der Berliner Facharbeitergen nennt das eine „verschwindend kleine Zahl“. Zu welchem Zweck? Unter der Arbeiterchaft herrscht volle Einigkeit und der feste Entschluß, auszuhalten, bis die Bewegung zum Erfolge geführt ist. Die Werft ist vollständig stillgelegt.

Köln-Chrenfeld. Der Streik bei der Firma Cornelius Esser, Bauhilfsloerei und Zentrafabrik, ist mit Erfolg beendet worden. Durch Abschluß eines Tarifvertrages wurden die Grundlöhne einer Neuregelung unterzogen, wobei eine Steigerung der bisher gezahlten Löhne eintrat. Daneben wurden 10 Proz. Affordurberverdienst garantiert. Soweit bisher nicht erreicht wird, geschieht die Auszahlung der restierenden Summe am Jahreschluß als Gratifikation. Der Tarif, an dessen Abschluß der christliche Metallarbeiterverband beteiligt ist, hat Gültigkeit bis zum 31. Dezember 1912. Rüge dieser Tarifabschluß das Fundament sein, auf dem sich eine Gesunderhaltung der Verhältnisse im gesamten Bauhilfsloergerwerbe Kölns für beide Teile vollzieht. Arbeitgeber sowohl als auch die gesamten Bauhilfsloergeräten sind in gleicher Weise an einer Gestaltung besserer Verhältnisse interessiert. Für die Kollegen aber kann nur eine Besserung eintreten durch den Beitritt zum christlichen Metallarbeiterverband.

Köln-Chrenfeld. Sämtliche Arbeiter der Waggonfabrik A. G. vom Herbrand u. Co. stehen seit dem 15. April im Streik. Nachdem die Firma gegenüber den gestellten Forderungen der Arbeiterchaft auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharrte, reichten die gesamten Arbeiter, mit Ausnahme von ca. 45, geschlossen die Kündigung ein. Den 45 aber wurde ein bieder Streich durch ihre Egoisten-Rechnung gemacht, indem ihnen die Kündigung seitens der Firma überreicht wurde und sie mit ihren organisierten Kollegen, gezwungen, in den Streik eintreten mußten. Ein Schlag, aus dem jeder Unorganisierte keine Folgerungen ziehen kann. Vor Ablauf der Kündigungsfrist nahm die Direktion nochmals zu den gestellten Forderungen Stellung und gab dem Arbeiterausschuss folgendes zu wissen:

„Die Forderung der neunstündigen Arbeitszeit wird abgelehnt. Soweit es unseren Arbeitern möglich ist, bei den bestehenden Löhnen durch Mehrarbeit eine 10prozentige Lohnsteigerung zu erreichen, wird hiergegen seitens der Direktion nichts eingewendet. Die achtstündige Lohnzahlung soll eingeführt werden, wenn dadurch nicht eine Verarmung der Betriebsbeamten eingutreten braucht.“

Mit dieser Antwort befaßte sich die Arbeiterchaft in einer überaus stark besuchten Versammlung. Die Arbeiter verbarren auf ihren Forderungen; denn nachdem die neunstündige Arbeitszeit nunmehr 2 1/2 Jahre besteht, könne die Einführung der 10stündigen Arbeitszeit nur im dem Sinne erfolgen, daß die letzte Stunde als Ueberstande gelte und dementsprechend bezahlt werde. In einzelnen Abteilungen war die 10stündige Arbeitszeit schon vorgezeichnet worden.

Die Arbeiter befürchten, weil das neu eingeführte elektrische Licht sich in den langen Wochentagen des Winters bedeutend verteuert, eine allgemeine Arbeitszeiteinschränkung in den Wintermonaten. Deshalb stellt diese Forderung nichts anderes dar, als eine Regelung der Arbeitszeit. Die 10prozentige Lohnsteigerung ist begründet in den seitens der Firma in den Jahren der Geschäftsklause gemachten Lohnsteigerungen, die heute bei der aufsteigenden Konjunktur wieder weit gemacht werden könne. Da nun aber die Kräfte der Arbeiter heute schon bis aufs Äußerste angepannt sind, kann diese Lohnsteigerung nur eintreten, indem die bestehenden Löhne die gewünschte Aufbesserung erfahren; zumal diese Forderung auch begründet ist in der Verteuerung der ganzen Lebenshaltung. Die achtstündige Lohnzahlung ist Allgemeinwunsch, vor allem der verheirateten Arbeiter und in vielen Großbetrieben in Form von Abschlaglöhnen eingeführt. Die Versammlung legte diese ihre Willensmeinung in folgender Resolution nieder, welche der Direktion vom Arbeiterausschuss überreicht wurde:

Resolution.
„Die am Freitag den 14. April 1911 in der „Sarmont“-tagende, von den Arbeitern der Firma Waggonfabrik Herbrand u. Co. A.-G. Köln-Chrenfeld sehr stark besuchte Versammlung nimmt Kenntnis von dem Ergebnis der am heutigen Tage zwischen der Direktion und dem Arbeiterausschuss stattgefundenen Verhandlung.

Die Versammlung erklärt, zu dem Resultat der Verhandlung keineswegs ihre Zustimmung geben zu können, erwartet vielmehr entschieden weiteres Entgegenkommen der Firma.

Die Versammlung beauftragt den Arbeiterausschuss, zu weiteren Verhandlungen jederzeit bereit zu sein.“

Eine Antwort wurde seitens der Direktion nicht erteilt. Der Betrieb ruht vollständig. Die Bemühungen der Firma, mit Hilfe von Informaten Arbeitswillige von auswärts heranzuziehen, sind bisher infolge der Wachsamkeit und Aufklärung der Streikenden gescheitert. Die Firma hat ihrerseits schwarze Listen aller streikenden Arbeiter herausgegeben. Trotdem ist doch schon ein großer Teil der Arbeiter anderwärts in lauternde Stellung getreten. Die Firma hat also schon heute bei einer Einigung und Wiederaufnahme der Arbeit mit dem Verlust einer großen Anzahl ihrer besten Arbeiter zu rechnen. Mittlerweile haben die Arbeiter sich nochmals mit einem Schreiben vonseiten der einzelnen Organisationsrichtungen an die Direktion zwecks Beseitigung der Differenzen gewandt. Aber auch dieses wurde in ablehnendem Sinne beantwortet; Verhandlungen sind zwecklos, weil die Direktion an ihren bekannten Standpunkt festhält. Auch mit dieser Antwort befaßte sich eine Versammlung der Streikenden und beschloß diese einstimmig, im Anstand zu verharren. Mit ruhiger Besonnenheit und Ausdauer werden die Arbeiter der Waggonfabrik A.-G. Herbrand u. Co. dem weiteren Gang der Dinge entgegenzehen.

Sendenhorst. Man hat sich hier eine Anzahl von Kollegen vom Sendenhorster Emailierwerk unserm Verbandsangeschlossen, da verhofft man auch schon von Arbeitgeberseite den Arbeitern den Organisationsgedanken mit Gewaltmitteln auszutreiben. Die betreffenden Kollegen schienen ihre Arbeitgeber genau zu kennen. Schon vor der Gründungsversammlung wurde die Vermutung laut: Wenn die Firma gewahrt wird, daß wir uns organisiert haben, gibts Maßregelung; und so geschah es. Wir nächsten Kündigungswoche hatte drei Mann den Kündigungszeitel in der Lohnliste. Man glaubt auf diese Weise die andern einschüchtern zu können. Daneben steht dann noch eine ungläubliche Beeinflussung der Arbeiter und deren Angehörigen seitens etlicher Teiler der Firma ein.

Aber alle diese Machinationen werden nicht imstande sein, den Gewerkschaftsgeraden in Sendenhorst auszuhalten. Die Arbeiter sind fest entschlossen, ihr Quallitionsrecht zu verteidigen. Diejenigen Kollegen, die bisher noch nicht den Weg zur Organisation gefunden haben, werden sehr einsehen, daß — wollen sie sich nicht als Menschen zweiter Klasse behandeln lassen, als Menschen, die nur zu gehorchen, aber absolut keine Rechte haben — sie sich unbedingt mit ihren vortrittsstrebenden Kollegen im christlichen Metallarbeiterverband zusammenzuschließen müssen. Dann sind auch sie imstande, jeden Angriff auf ihre Menschenrechte erfolgreich abzuschlagen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuwenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Düsseldorf. Die Elfenleheret der Firma Schwarz ist für Former gesperrt.

Düsseldorf-Venrath. Die deutliche Maschinenfabrik ist für Dreher und Maschinenarbeiter aller Art gesperrt. Schloß-Holte. Auf der „Holter Ellenhütte“ (Inh. Dr. J. Tenge) sind Differenzen ausgebrochen, wegen Kündigung zweier Kollegen. Zugzug von Beschlagshelben, Schlossern, Formern und Hllsarbeitern ist fernzuzhalten.

Danzig. Auf der Seeschiffswerft F. Schichau ist Streik ausgebrochen. Zugzug von Handwerkern und Arbeitern aller Art nach Danzig und Elbing ist fernzuzhalten.

Karlruhe. Bei der Firma Junker u. Ruh sind Differenzen ausgebrochen. Der Betrieb ist für Hand- und Maschinenformer und sonstige Geserelarbeiter gesperrt.

Köln-Chrenfeld. Sämtliche Arbeiter der Waggonfabrik Herbrand & Co., A. G. stehen im Streik.

Köln-Nippes. Die Werkstatt der Firma J. B. Wolfkeller ist für Dachbeder und Haulempner gesperrt.

Neheim. Sämtliche Laternenklempner der Firma Hülten Schmidt und Cosack stehen wegen Lohnsteigerungen in Streik. Zugzug von Klempnern ist fernzuzhalten.

Regensburg. Hier selbst stehen die Schlosser im Streik. Sendenhorst i. W. In den Sendenhorster Emailierwerken sind Differenzen ausgebrochen.

Kanten. Das Emailierwerk der Firma Prang Söhne ist wegen Kündigung der organisierten Arbeiter, für Arbeiter aller Art gesperrt.

Menden-Böpperde. In der Drahtweberet und im Feingut der Firma „Neuwalzwert“ sind Lohnsteigerungen ausgebrochen. Zugzug von Drahtarbeitern aller Branchen ist fernzuzhalten.

Zugzug ist fernzuzhalten.

Köln-Chrenfeld. Der Streik bei der Firma Cornelius Esser, ist mit Erfolg für die Schlosser beendet.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 7. Mai 1911 der neunzehnte Wochenbeitrag für die Zeit vom 7. Mai bis 13. Mai 1911 fällig.

Alle Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ohne Unterschied sind an die Geschäftsstelle des christl. Metallarbeiterverbandes, Duisburg, Seitenstraße 17, und nicht an die persönliche Adresse einzelner Beamten zu adressieren. Alle Geldsendungen sind mittels Zahlkarte unfrem Postcheckkonto, Kontonummer 10433, bei dem Postcheckamt in Köln zu überweisen.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder. Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldung demnach bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Geschäftsstelle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für dienfertigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Adressen.

Das Büro der Bezirksleitung des Bezirkes Südwestdeutschland, sowie das der Ortsverwaltung Pforzheim befindet sich ab 29. April 1911 in Pforzheim Untere Au 20 J. Telefon 1983.

Nürnberg. Das Bezirks-Sekretariat Nürnberg befindet sich Willenreutherstraße 3 (hintern Bahnhof).

Hannover. Das Bezirksbüro ist von Goslar nach Hannover, Kanonenwall 16 verlegt worden. Zureichende Kollegen werden ersucht, sich dort zu melden, ebenso werden die Sekretariate unseres Verbandes ersucht, nach Hannover reisende Kollegen auf die Adresse aufmerksam zu machen. Die Kollegen aus den Gruppen Hannover, Hilbesheim, Wilsfel und Pelne werden gebeten, offene Stellen sofort dem Büro mitzuteilen.

Aus dem Verbandsgebiet.

Köln-Ündenthal. Anlässlich des Streiks auf dem Köln-Ündenthaler Metallwerk, konnte es der sozialdemokratische Metallarbeiterverband nicht unterlassen, eine Heiße gegen den christlichen Metallarbeiterverband unter der Arbeiterschaft genannten Betriebes loszulassen. Angesichts dieser Tatsache sah sich die Ortsgruppenleitung unseres Verbandes genötigt, ein Flugblatt „Die Wahrheit über den Streik auf dem Köln-Ündenthaler Metallwerk“, herauszugeben. Das dieses Flugblatt unter den Genossen böses Blut erzeugte, läßt sich denken. Die Genossen besaßen also eine Betriebsversammlung auf Mittwoch, den 12. April ein. Damit die Sache besser zog, wurde der christliche Verbandsbeamte Billekens noch extra schriftlich eingeladen. Da aber die christlichen Kollegen in dem betreffenden Betriebe aber nur durch einige Mann vertreten sind, war es einem jeden vernünftig denkenden von vornherein klar, daß bei dieser Versammlung für den christlichen Metallarbeiterverband nichts herausbringen werde und die Genossen nach ihrem Grundsatz: „Macht geht vor Recht!“ verfahren würden. Die Meinung betrug uns nicht. Gewerkschaftsbeamter Haas vom „Freien“, „Arbeiter“verband zog in ganz raffiniertester Weise über die Christlichen los und versuchte, das von uns herausgegebene Flugblatt zu entkräften. In der Diskussion sprach als erster Redner Gewerkschaftsbeamter Kollage Billekens von unserem Verbands. Er wies mit Entrüstung die seitens des sozialdemokratischen Beamten Haas vorgebrachten Unwahrheiten zurück und betonte, daß der christliche Metallarbeiterverband sich nicht an die Wand drücken lasse, sondern überall da, wo es gelte, mit Nachdruck die Interessen seiner Mitglieder zu vertreten wisse. Kollege Billekens wurde während seiner durchaus sachlichen Ausführungen von der Versammlung sowie vom Referenten fortwährend mit Zwischenrufen und Madaufgehen gestört.

Da es bei dem Verhalten der Genossen unmöglich war, sich Gehör zu verschaffen, erklärte der Redner, auf eine weitere Diskussion zu verzichten und verließ darauf mit einem Teil der christlichen Arbeiter das Lokal. Die Genossen glaubten sich nun unter sich und tapfer wurde jetzt über den christlichen Metallarbeiterverband losgezogen. Man redete sich in eine wahre Wut hinein und schimpfte über das „feige“ Karbidell, die „Streikbrecherorganisation“ und dergl. mehr. Aber Genosse Haas hatte sich verrechnet, denn in der Versammlung waren noch drei christliche Kollegen anwesend — und als sich die „Genossen“-Schaff schloß geschämeht und die Diskussion insoweit zu Ende zu gehen schien, meldete sich der christlich organisierte Kollege Franz Koll zu Wort. Es wies zunächst auf die Unklugheit solcher Treibereien hin, die doch nur zum Schaden der gesamten Arbeiterschaft wären und forderte die Versammlung auf, in Zukunft mehr darauf zu sehen, daß praktische Gewerkschaftsarbeit geleistet werde. Bei Streiks und Lohnbewegungen heiße es gemeinsam arbeiten, gemeinsam die Forderungen zu beraten und zu vertreten. Redner behauptete sodann den Ton der Versammlung, besonders aber den des Gewerkschaftsbeamten Haas, der nicht so viel Anstand und Bildung gelernt habe, daß er einen sachlich seine Ansicht darlegenden Genauer ruhig misreden lassen könne. Er gab dem Kollegen Billekens recht, daß er unter diesen Umständen das Lokal verlassen; jeder, der etwas auf seine Ehre halte, hätte in dem Falle das gleiche getan. Treffend widerlegte Kollege Koll dem Haas das Arroganzmärchen „Streikbrecherorganisation“ u. a. an Hand praktischer Erfahrungen: gerade in diesem Punkte hätten die Genossen allen Anlaß, sich mit dem Unrat vor der eigenen Tür zu begeben. Zum Schluß wies er dann noch auf einige bedauerliche Vorgänge in der Fabrikmontage hin und fragte den Genossen Haas, ob er es für Recht halte, daß Gewerkschaftsmitglieder sich in der Werkstatt gegenseitig als „Spießhütten“, „Gauner“ und „Höllhunden“ hinstellten, daß ein „Kollege“ seine gestohlenen Werkzeuge im Kasten des andern finden muß, und daß der sozialdemokratische Vertrauensmann, zugleich Arbeiterauschmittglied seinen Kollegen auf diesbezügliche Vergehungen hin die Antwort gibt: „Wenn du bestohlen wirst, dann stieh auch!“ Das alles seien doch Dinge, die unter Gewerkschaftlern nicht vorkommen dürften. Statt An-

berorganisierte um ihrer Bestimmung willen zu verbächtigen, möge man hier die im Interesse des Arbeiterstandes so dringend notwendige erzieherische Tätigkeit entfalten.

Diese Ausführungen waren ersichtlich nicht ganz ohne Eindruck auf die Versammlung geblieben. Genosse Haas mußte also wieder für „Stimmung“ sorgen. Mit einigen leeren Lebenssätzen hüpfte er über die unangenehme Situation hinweg. Kollege Koll sei wohl nur deshalb von Frankfurt a. M. nach hier gekommen, um in dem Betriebe die Zahl der Christlichen zu vermehren. (Solche Plattheiten lassen sich die „Frei“ organisierten von ihren Agitatoren servieren! D. C.) Das Arbeiterauschmittglied fordert den Namen des Kollegen, dem er den Rat zum Stehlen von Werkzeug gegeben. Kollege Koll kam dem Wunsche nach und nannte den Namen des frei organisierten Kollegen G., der selbst in der Versammlung anwesend war — und dieser Kollege bestätigte die Beschuldigung des „frei“ organisierten Ausschmittgliedes durch Koll. Koll durch sein — berebtes Schweigen. Man konnte also die Tatsache nicht mehr ableugnen.

Kollegen von Ündenthal! Diese Versammlung hat uns so recht gezeigt, mit welchen Mitteln der sozialdemokratische Metallarbeiterverband arbeitet, um die verhasste christliche Organisation zu schädigen und die christlichen Arbeiter um ihren Einfluß auf die Gestaltung der Dinge im Arbeitsverhältnis zu bringen. Demgegenüber ist es unsere Aufgabe, noch mehr als bisher geschlossen zusammen zu stehen und für die weitere Ausbreitung und Stärkung unseres Verbandes tätig zu sein. Eine Schädigung der Interessen unseres Standes wäre es, wenn jemals der sozialdemokratische Metallarbeiterverband auf unseren Arbeitsstellen „allein“ regiert; daher sorgen wir dafür, daß er mit uns und unserer Organisation rechnen muß.

Darmstadt. Großes „Glück“ war den Darmstädter Metallarbeitern beschieden, denn Dr. Erdmann sollte hier sprechen über das Thema: „Die christliche Gewerkschaftsbewegung“. Schon die Einladung war mit zugkräftigen Sprüchlein versehen, so hieß es u. a., daß Dr. Erdmann ein „genauer Kenner“ der christlichen Gewerkschaften wäre; — also wie gesagt, die Darmstädter Arbeiterschaft konnte sich auf ein großes Ereignis freuen, sie sollte mal einen „Kenner“, einen leibhaftigen Proletarier-Doktor hören. — Ja, wenn alles nicht mehr zieht und gar niemand mehr in die Versammlungen kommen will, muß „man“ sich wohl oder übel schon nach einem zugkräftigen Programm umsehen, dann läßt man den „Kenner“ Dr. Erdmann mal seine „Anerkennung“ über die christlichen Gewerkschaften austräumen. Der ereignisvolle Tag kam. Die Versammlung sollte gleich nach Feierabend um 6 Uhr beginnen. Auch einige unserer Kollegen besaßen sich, um noch Platz zu bekommen. Doch — o Schreck — der Saal war noch riesig — öd und leer! Endlich um 7 Uhr eröffnete der Geschäftsführer, Genosse Stork, die Kassenberichterstattung von ca. 90 Männern mit dem Bedauern, daß von den 1100 Mitgliedern nur so wenige zur Stelle seien. Dann erhielt Dr. Erdmann das Wort. Dieser redete so ziemlich 1 1/2 Stunde, davon widmete er etwa 1/2 Stunde der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Und was hörten wir da nicht alles! Christliche Gewerkschaften wurden gegründet in den 90er Jahren vom Zentrum, katholischen Geistlichen und Unternehmern, natürlich gegen die „Freien“! — bums, die Kiste war fertig, die christlichen Gewerkschaften sind gegründet! Dann suchte der „Kenner“ den Genossen plausibel zu machen, daß die katholischen Geistlichen im Jahre 1903 schon ihre Gründerei wieder leid waren und die christlichen Gewerkschaften bekämpften; — das ist ihnen allerdings manche schwerfabrieren zu können. Dr. Erdmann erzählt also weiter: Die christlichen Gewerkschaften sind Streikbrecherorganisationen, Beweis: Bergarbeiter, Eisenhütten, Dortmund; doch da hatte sich der „Kenner“ im Eifer selbst eine Dürstige appliziert, waren es doch bekanntlich die sozialdemokratisch organisierten Metallarbeiter und Feizer und Maschinisten, die Eisenhütten mit Streikbrechern versehen haben. Doch nun kam das Schrecklichste, das Graulichste, was der „Kenner“ in der letzten Zeit erst raus bekommen hat: die christlichen Gewerkschaften werden beeinflusst vom Papste! — einfach zum Davonlaufen! — Und sein Thema war dem Herrn Doktor auch wirklich davongelaufen und so ritt er denn noch eine geschlagene Stunde auf dem Zentrum und dem schwarz-blauen Bloß herum; der leibhaftige Gott-sei-bei-uns hat natürlich nicht jübelsche Scandaldaten auf dem Herzholz, wie diese Ungeheuer und so schloß Dr. Erdmann dann seine Ausführungen über die christlichen Gewerkschaften auch naturgemäß mit der Aufforderung an seine Genossen, wacker mitzuarbeiten an der Sprengung des schwarz-blauen Bloßes.

Zu der nun folgenden Diskussion meldete sich Kollege Wesp vom christlichen Metallarbeiterverband zum Wort. Kaum hatte er sich gemeldet — da ging der Spektakel los. Stork mußte seine Genossen wiederholt zur Ruhe mahnen. Kollege Wesp stellte zunächst richtig, daß die christlichen Gewerkschaften entgegen der Behauptung des „genauen Kenners“, von Arbeitern gegründet worden seien. Dann lehrte er den Spieß um, richtete ihn gegen das rote Lager und zeigte an Hand von Vorkommnissen aus der letzten Zeit die im Lager der sozialdemokratischen Gewerkschaften herrschende Doppelmoral in ihrer ganzen Blöße. Als er den Genossen die Fälle Hochhölzer-Pforzheim und Legien contra Kanneloff gebührend um die Ohren schlug, brach ein Höllenspektakel los. Das war der Gesellschaft so unangenehm, daß sie sich den Inhalt des ganzen roten Schimpfdruckerlexikons in die Ohren trompetete, um nur ja die Wahrheit nicht hören zu müssen. „Streikbrecher!“ „Modernisterei!“ „M. Glabacher!“ hallte es durch den Saal. (Wer in dem Gefolge der Genossen nicht blindlings ja sagt, ist natürlich ein M. Glabacher, wenn er auch, wie Kollege W., M. Glabacher in seinem Leben nicht gesehen hat.) Nachdem sich die Genossen in etwa ausgetobt hatten, fragte Kollege W. den „Kenner“ der christlichen Gewerkschaftsbewegung wo denn eigentlich die ewangelischen Kollegen blieben. Der Referent führte darauf einen 10 Minuten währenden Exkurs aus und meinte: ja, das sind eben die Schwarz-Blauen oder auch „evangelisches Zentrum“ genannt. Kollege Wesp nagelte dann noch die Gewalttätigkeit der roten Verbände in Dortmund (Union) fest und stellte die Doppelzüngigkeit der roten Presse und Agitatoren in den beiden Rheinischen und Köln-Deutz gegenüber. Die anwesenden christlichen Kollegen glaubten nun bestimmt, Dr. Erdmann werde aber jetzt in seinem Schlupfwort auf die vom Kollegen W. vorgebrachten Tatsachen eingehen; doch sie hatten sich geirrt! Noch einmal wurden in 10 Minuten die welterschütternden Zustände der Genossen aufgepeitscht und der „Kenner“ war am Ende seiner Ausführungen angelangt: — so endete die mit so großem Tamtam angekündigte Versammlung.

Kollegen! Christliche Metallarbeiter Darmstadts! Wir haben jetzt einmal gesehen, von welchen „Kennern“ man im Genossenlager die Arbeiterschaft über unsere Bewegung unter-

richten läßt. Nehmen wir also die Aufklärungsarbeit selbst in die Hand; holen wir alle noch unbefriedigten Kollegen als Mitkämpfer in unsere Reihen. Sorgen wir vor, für die unaussprechlichen Tage des Kampfes, damit die christliche Arbeiterschaft auch hier in Darmstadt abends als wohl ausgerüstete Truppe ihre Interessen wahren und verteidigen kann. Auf zur Tat!

Wülhausen i. Glf. Einen erfolgreichen Kampf haben unsere Kollegen bei der Firma Schulz, Maschinfabrik, Wülhausen, geführt. Nachdem unser Verband in einer Eingabe der Firma die Forderungen der Arbeiter betreffs Lohnerhöhung und Regelung der Arbeitsbedingungen eingereicht hatte, kamen am 18. März Verhandlungen mit der Firma und der Verhandlungskommission unseres Verbandes zustande und wurden folgende Zugeständnisse gemacht: 1. Festsetzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden. 2. Samstag ist eine Stunde früher Feierabend ohne Lohnabzug. 3. Anstelle des bisherigen monatlichen trakt der 14tägige Pausen. Diese Zugeständnisse wurden sofort durch Anschlag bekannt gemacht und traten sofort in Kraft. Von einer generellen Lohnerhöhung wollte jedoch die Firma nichts wissen. Ein Schreiben unseres Bezirksleiters an die Firma wegen der Lohnforderungen blieb unbeantwortet, auch ein nochmaliges Verhandeln mit der Firma am 28. April war erfolglos. Da keine Kündigung besteht, traten unsere Kollegen am 29. April geschlossen in den Streik. Am Nachmittag des 29. April kam nach erneuten Verhandlungen eine Einigung zustande, nach welcher die Firma eine Lohnerhöhung bewilligt. Unsere Kollegen nahmen daraufhin am Montag, den 1. Mai, die Arbeit wieder auf. Die Kollegen der Firma Schulz sind jetzt seit einigen Monaten unfrem Verband angeschlossen und können somit mit den errungenen Erfolgen zufrieden sein. Hoffentlich sehen auch die Kollegen im übrigen Glf. ein, daß der christliche Metallarbeiterverband mit Erfolg ihre Interessen zu wahren und zu fördern weiß. Auf nähere Einzelheiten bei dieser Bewegung kommen wir später noch zurück.

Ilzenburg a. G. Schon mehrfach haben wir uns in letzter Zeit in unserem Verbandsorgan mit den sehr verbesserungsbedürftigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen auf dem hiesigen Stahl- und Walzwerk befaßt. Man sollte nun meinen, die Arbeiterschaft selbst würde auch versuchen, an eine Verbesserung dieser Verhältnisse heranzutreten und sich der Organisation anschließen, um eine Regelung herbeiführen zu können. Aber weit gefehlt! Einestheils sind die Kollegen zu ängstlich, andernteils hat man denselben jübelsche seitens der Genossen vorgeführt, daß sie gar nicht wissen, was sie zu tun haben, um eine Veränderung herbeizuführen. In welcher Weise die Genossen arbeiten und mit welchen unwahren und kindischen Argumenten sie vorgehen, beweist folgendes: Seitens der Genossen ist das Gerücht verbreitet, der Hütten von Stolberg-Wernigerode, der Besitzer der Ilzenburger Werke, sei Vorsitzender des christlichen Verbandes! Es muß wirklich um die Sache des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes schlecht bestellt sein, wenn er solche Mäyden aufzutischen für nötig findet.

Sodann wird seitens der Genossen immer auf das große Vermögen des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes hingewiesen. Warum hat denn seinerzeit nicht der soziald. Metallarbeiterverband bei der Bewegung bei der Firma M. Wolf in M. Gudau, gestützt auf das angeblich vorhandene große Vermögen, dafür gesorgt, daß die 56 Metallarbeiter, die nach der Stätigen Bewegung auf dem Kampfplatze blieben, wieder eingestellt wurden? Weshalb gaben die Führer sich die größte Mühe, den Kampf unter allen Umständen abbrechen, trotzdem 56 Mitglieder dieses großen Verbandes auf der Strecke blieben?

Statt hierüber eine Auskunft zu geben, schimpft man auf den christlichen Metallarbeiterverband und fordert uns auf, unsere Erfolge vorzuführen. Wir können die Mißgeisterde unseres roten Genossen betriebigen, denn weil es der christliche Metallarbeiterverband ehrlich meint mit der Vertretung der Arbeiterinteressen, hat er auch für die Metallarbeiter, wenn sie ihm ihre Interessenvertretung anvertrauen, Gutes gewirkt. Auf den fiskalischen Hüften am Unterholz war es der christliche Verband, der eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 0,30 Mark pro Tag erzielte, sodaß die Arbeiter einen jährlichen Mehrverdienst von 120- bis 130 000 Mk. hatten. Die Behandlung, das ganze Arbeitsverhältnis wurde besser. In Zingstädt, wo die Kollegen eines Betriebes ausschließlich im christlichen Metallarbeiterverband organisiert sind, wurde im November vorigen Jahres eine Lohnerhöhung erzielt, die pro Kopf 0,60 bis 4.— Mk. wöchentlich beträgt, neben sonstigen Verbesserungen. Auch in Ilzenburg haben wir durch eine Eingabe die Hüttenverwaltung auf einige Mißstände im Betriebe aufmerksam gemacht, wodurch dann auch Abhilfe geschaffen worden ist.

Was hat demgegenüber der sozialdemokratische Verband in Ilzenburg getan? Er hat die Arbeiter gegen die christliche Gewerkschaft verhetzt, kämpft mit unwahren Behauptungen und dergl. mehr. Wie lange wollen die Kollegen sich eine solche arbeiterschädigende Handlungsweise gefallen lassen? — Kollegen von Ilzenburg! Ihr alle wollt Verbesserungen der Verhältnisse. Dazu gehört aber Einigkeit und Zusammenhalt; diese bietet euch der christliche Metallarbeiterverband, der heute über 40 000 Mitglieder und über mehr als eine Million Mark Kassenvermögen verfügt. Der christliche Metallarbeiterverband hat schon eine ganze Anzahl tüchtiger Kollegen vom Walzwerk als Mitglieder; daran ändert auch alles Geschrei und Geschreibsel der Genossen nichts. Mit frischem Mut und neuem Eifer muß ein jeder versuchen, neue Mitglieder zu werden, sorgt dafür, daß es in Ilzenburg bald keinen Kollegen mehr gibt, der nicht dem christlichen Verbands angehört. Dieses ist dann die beste Antwort auf die arbeiterschädigende Tätigkeit der Genossen. Kollegen, die Taupelt jübel nicht zum Ziel. Ein jeder arbeite mit an dem Ausbau unserer Organisation, denn nur so kommen wir vorwärts und nur dann ist es möglich, für euch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen.

Waffau. Am 8. April hier selbst abgehaltenen allgemeinen Metallarbeiterversammlung sprach Kollege Wagner-München über die Bedeutung der Arbeiterorganisationen. Dieses Thema war mit Rücksicht auf die zur Versammlung eingeladenen, noch nicht organisierten Metallarbeiter gewählt worden; doch blieb der weitaus größte Teil dieser Kollegen der Versammlung leider fern. Der Referent behandelte eingangs seiner Ausführungen die Entwicklung unserer heutigen Wirtschaftslage und zeigte die Ursachen auf, die mit Notwendigkeit zum gewerkschaftlichen Zusammenhalt der Arbeiterschaft drängten. Eine Null war der einzelne im Betriebe des kapitalistischen Wirtschaftssystems geworden, nur die Gesamtheit der gleich Bedrückten und gleich Interessierten vermochte, zur festen Organisation gefügt, ihre wirtschaftlichen Interessen zur Anerkennung zu bringen. Weider habe man hier

Die deutschen diese wirtschaftlichen Bestrebungen von Anfang an mit den politischen der Sozialdemokratie verknüpft. Die Folge war, daß man im Lager der sogenannten „freien“ Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie die heutige Ordnung und die christliche Weltanschauung bekämpfte und darüber die eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben vernachlässigte. Die christlichen Arbeiter konnten unmöglich bei einer so ausgearteten Bewegung mitmachen und so entstand in den 90er Jahren die christliche Gewerkschaftsbewegung als eine wirtschaftliche Interessenvertretung des Arbeiterstandes, in der jeder Arbeiter, der auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung steht, unbeschadet seiner politischen und religiösen Überzeugung, mitleben konnte. Trotz aller Befehdung seitens der Sozialdemokratie und der Sozialdemokraten, bilden die christlichen Gewerkschaften heute einen Machtfaktor, im Wirtschaftsleben, mit dem sowohl die Klassenkämpfer von unten, wie auch diejenigen von oben wohl oder übel rechnen müssen. 330 000 Arbeiter haben sich unter der Fahne der christlichen Gewerkschaften gesammelt. Mit einer Jahreszunahme von ca. 5 Millionen und einem Vermögen von 6 Millionen haben sie sich eine beachtenswerte Position erkämpft. Redner ging dann kurz auf die auch in Passau verbreitete rote Agitationsbroschüre Hausmann-Penzberg ein und zeigte, wie in dem Machtwort die Wahrheit vergehentlich wird. Die rote Presse schreie Arbeiterverrat, weil die christlichen Arbeiter in Bayern sich weigerten, die von den Genossen arrangierten Wutsches und gänzlich ausichtslosen Streiks mitzumachen. Wenn die rote Presse der Öffentlichkeit einmal Auskunft über wirtschaftlichen Arbeiterverrat geben wollte, so möge sie einmal freischwebend über die „Großtaten“ des roten, sogenannten „Deutschen“ Metallarbeiterverbandes in Pforzheim und an anderen Orten, besonders aber auch über dessen und des roten Heizer- und Maschinenverbandes Streikbruch in Eisenburg berichten; den Streikbruch in Eisenburg haben den beiden roten Verbänden ja sogar die Arbeitgeber schriftlich bestätigt. Ein denkender Arbeiter könne also einer solchen Bewegung, wie es die roten „freien“ Gewerkschaften seien, die Vertretung seiner wirtschaftlichen Interessen nicht anvertrauen. Der Platz eines denkenden, wahrhaft freien Arbeiters sei in den christlichen Gewerkschaften. Nach einer kurzen Diskussion, in welcher auch die Verhältnisse in den Werkstätten zur Sprache kamen, fand die Versammlung ihr Ende.

Den folgenden Sonntag widmeten wir uns der Hausagitation, welche uns auch ein zufriedenstellendes Resultat brachte. Darum sind wir entschlossen, mehr wie bisher Hausagitation zu betreiben. Durch eifrige und intensive Arbeit werden wir auch hier so gut vorwärts kommen, wie dies den Kollegen andernorts möglich war. Darum, auf! an die Arbeit! jeder einzelne von uns soll ein Agitator sein!

Soziales.

Zur Förderung des ArbeiterwohnungsweSENS.

Zu diesem Thema schreibt man uns aus Gelsenkirchen: Ueber das ArbeiterwohnungsweSENS ist viel gesprochen und geschrieben, unzählige Probleme sind im Laufe der letzten Jahre aufgeworfen worden, und es läßt sich nicht leugnen, daß man auf diesem Gebiete auch etwas vorwärts gekommen ist. Aber alle Probleme werden Probleme bleiben, wenn neben den Theoretikern die Arbeiterschaft nicht selbst mitwirkt. Die Arbeiterwohnungsfrage ist zu einem großen Teil eine Erziehungs- und Bildungsfrage. Auf dieser Erkenntnis fußend, sucht die christliche Arbeiterbewegung auf ihre Mitglieder einzuwirken. Gewiß ist es gut, durch Förderung des gemeinnützigen Baugenossenschaftswesens dem WohnungsseLEnd mit all seinen wirtschaftlichen und moralischen Schäden steuern zu wollen, nur dürfte dieser Gedanke allein zu hoch gegriffen sein. Auch ist es schwer durchzuführen bei Berücksichtigung der vielen ihn begleitenden und erschwerenden Umstände. Auch hier muß der Arbeiter mitwirken. Vor allem muß im Arbeiter Sinn für gute Wohnungen geweckt und der Wille zum Erwerb solcher Wohnungen bezw. Wohnungseinrichtungen geschärft werden. Man wird dies am besten erreichen durch Hinweisen auf die Wohnung und ihre Ausbattung. Diese wird zunächst den Sinn für Schönheit und Behaglichkeit in der vorhandenen Wohnung beleben und darüber hinaus das Interesse für weitere Wohnungsprobleme fördern. Es ist nun einmal nicht anzunehmen, daß die Arbeiterschaft, die ihre Wohnung ohne Geschmack für Behaglichkeit einrichtet, Interesse hat für Baulwesen, oder Bodenreform usw. Deshalb geht die christliche Arbeiterbewegung in letzter Zeit immer mehr dazu über, die Arbeiter in dieser Richtung zu bilden und zu erziehen.

Zur Verfolg dieser Zwecke hat die christliche Arbeiterbewegung in Gelsenkirchen für die Zeit vom 7. bis 21. Mai in den Räumen des Gesellschaftshauses, „Eintracht“, Grillostraße, eine Ausstellung geplant. Während der Ausstellungstage werden Vorträge über Wohnungsbedingungen — Hygiene — Genossenschaften, Haushaltungswesen, Bodenreform usw. gehalten werden. Die Ausstellung ist geplant mit einer Reihe vollständiger Einrichtungen. Jede Einrichtung bietet ein abgeschlossenes Ganzes für sich. Die Anfertigung dieser Modelle haben Mitglieder der hiesigen Schreinerzunft übernommen. Bestere werden die Möbel der Arbeiterbewegung für die Ausstellung zur Verfügung stellen. Sie können nachher vom Publikum zu angemessenen Preisen käuflich erworben werden. Hiermit verbindet die christliche Arbeiterbewegung auch die Gewerbebeförderung. Wird doch dadurch gezeigt, daß auch unser Handwerk in der Lage ist, noch etwas Besseres zu leisten. Die Bewegung dokumentiert wiederum ihre Gewerbeliberalität, wie solche schon mehrfach betont wurde.

Entscheidend den Verhältnissen der Arbeiter — oder diesen nahestehenden Berufsstände, wie kleine Gewerbetreibende, Bauern usw. — sollen sich diese ihre Wohnung einrichten. Was beobachten wird das? Es wird meistens — aus Sparführungsgründen oder auf Grund schlechter Finanzlage — alles mögliche zusammengekauft und gestellt. Es werden später Sachen hinzugekauft, ob sie passen oder nicht. Das Ganze wird nie einen harmonischen Eindruck machen und wird in den seltensten Fällen praktisch sein. Der Kostenvorwurf stellt sich beim Einkauf weit eher höher als niedriger und das Ganze wird stets verteuert bei Nachanschaffungen. Die Ausstellung soll den Sinn der Arbeiterschaft hinleiten auf Schönheit, verbunden mit Rücksicht auf die praktische Benutzung der Wohnungseinrichtungen. Auch den finanziellen Verhältnissen ist bei der Zusammenstellung der Einrichtungen Rechnung getragen. Es wird sich zeigen, daß auch der wenig Bemittelte nicht nötig hat, Schön zusammen zu kaufen.

Außer den Schreinerzünftlern, die die Modelle liefern, werden die Beleuchtungs- und Heizungkörper von der Firma

Klippersbusch und vom städtischen Gaswerk geliefert. Das letztere wird eine vollständige Gasanlage herstellen, Preisberechnungen aushängen und nachprüfen, auf welche Weise die hervorragenden Verbesserungen und Verbilligung der Benutzung des Koch- und Heizgases auch den weniger Bemittelten zugute kommen kann.

So versucht die christlich-nationale Arbeiterbewegung von Gelsenkirchen ihre Mitglieder hinzulenken auf den Kernpunkt der sozialen Förderung des Arbeiterstandes. Man ist sich darüber klar, daß eine Steigerung der Kultur des Arbeiterstandes nur durch eine Verbesserung des Wohnungswesens erreicht werden kann. Außerdem ist es nicht zu leugnen, daß die gegenwärtige Arbeiterwohnung in vielen Fällen durchaus nicht den Anforderungen entspricht, die man auch nur in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung an sie stellen muß. Gelingt es der Gewerkschaftsbewegung, höhere Löhne für die Arbeiter zu erreichen, so werden diese eine allgemeine Hebung des Arbeiterstandes nicht bewirken, wenn nicht zugleich die Verbesserung der Lebenshaltung gefördert wird. Nun häßt es außerordentlich schwer, wie schon eingangs gesagt, das ganze Problem zu lösen. Und mit bloßen Hinweisen auf die Notwendigkeit und Schönheit dieser Lösung dürfte es überhaupt nicht gelöst werden, wenn nicht der Sinn für die Zusammenhänge in obiger Sinne geweckt wird. Möge unsere christliche Arbeiterschaft die ihr gebotene Gelegenheit reichlich benützen zur Bereicherung ihres Wissens und zur Neubildung ihrer Bestrebungen zur wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Hebung des vaterländischen Standes.

Literarisches.

„Die Arbeiterversicherung in den Kulturstaaten“, von E. Witkowski, Direktor im Reichsversicherungsamt in Berlin. VIII. und 245 Seiten. Preis 1 Mark. Verlag lag von Kösel, Kempten und München.

Deutschlands Arbeiterversicherung nimmt den breitesten Raum in der Aufstellung in Anspruch. Doch hat es der Verfasser durch die knapp-präzise Fassung seiner Ausführungen, die den gewiegten Kenner vertragen, verstanden, auch von der außerdeutschen Arbeiterschaft ein umfassendes Bild zu geben, so daß ein Vergleich sehr wohl möglich ist. Gerade das verleiht der Schrift aktuellen Wert. Denn einmal bietet der Vergleich Anhaltspunkte für die Beurteilung vieler Einzelheiten auf dem Versicherungsgebiet, zu deren Förderung die Beratung der Reichsversicherungsordnung neuerdings angeregt hat. Und dann ist ein einwandfreies Material auch hinsichtlich der verschiedenen Stände der Arbeiterversicherung in den Kulturstaaten höchst willkommen bei der jetzt wieder in Fluß gebrachten Diskussion über die „öffentlichen Lasten“ der Industrie.

Christliche Gewerkschaften und Arbeiterjugend. (Wien 1911, Christlicher Gewerkschaftsverlag, Preis gebunden 5 Flg., in Kartonumschlag 10 Flg.) Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle unseres Verbandes. Die Jugendfrage ist heute in erster Linie Arbeiterjugendfrage. Gerade die „Bewegung“ der arbeitenden Jugend ist heute mehr denn je Gegenstand der Beachtung der verschiedensten Faktoren. Und auch unsere christliche Gewerkschaftsbewegung ist gezwungen, dieser Frage eine größere Beachtung als bisher zu schenken. Das vorliegende Schriftchen gibt eine gute Übersicht über die hier in Frage kommenden, sehr beachtenswerten Strömungen und Erscheinungen und sollte deshalb von jedem heilichlichen Gewerkschaftler zur Hand genommen und eingehend studiert werden.

Briefkasten.

An Mehrere. Eine Anzahl Einsendungen müßten wegen Stoffmangel für die nächste Nummer zurückgestellt werden. Kollege K., Chemnitz. Dein etwas lang ausgefallener Artikel konnte in dieser Nummer mit dem besten Willen nicht mehr untergebracht werden. Wir werden aber das Material nach Bedarf demnächst ausnutzen. Besten Dank und Gruß!

Sterbetafel.

Gelsenkirchen. Am 4. April starb unser Kollege Wilh. Gliese im Alter von 17½ Jahren infolge eines Betriebsunfalles.

Osnabrück. Am 15. April starb unser Kollege W. Niemeier im Alter von 59 Jahren an einem Magenleiden.

Langendreer-Werne. Am 3. April starb unser Kollege Johann Schlawa an Blutdarmentzündung im Alter von 42 Jahren.

Berlin. Am 27. April verschied nach schwerem Lungenleiden unser Kollege Paul Wade im Alter von 27. Jahren.

Duisburg. Am 25. April starb unser langjähriges treues Mitglied Kollege Julius Borkentopf an Lungenentzündung im Alter von 60 Jahren.

Nürnberg. Am 24. April starb unser Kollege Johann Büchler im Alter von 22 Jahren an Rippenfellentzündung. Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung! Bezirkskonferenz in Köln. Am Sonntag, den 7. Mai findet in Köln die diesjährige Bezirkskonferenz für den 2. Bezirk im Lokale „Gereonsbräu“ (früher Friesenbräu), Friesenstraße 26—8 statt. Die Tagung beginnt morgens punkt 10 Uhr. Den Delegierten gehen weitere Mitteilungen zu.

Augsburg. Samstag, den 20. Mai, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung in der „Eichenhalle“, Nierengasse 6, St. Ulrich.

Bonn. Samstag, den 20. Mai, abends 7 Uhr im christlichen Gewerkschaftshaus, Nienhauerstr. 13, Generalversammlung mit Frauen. Redner: Kollege, Dornhaid.

Bonn-Steine. Mittwoch, den 10. Mai, abends 6½ Uhr Versammlung bei Kewer.

Chemnitz. Sonntag, den 7. Mai, vorm. 11 Uhr Versammlung im „Friedrich Hof“, Brauhausstr. 13.

Düsseldorf. Sonntag, den 7. Mai, vormittags 10½ Uhr Mitgliederversammlung mit Vortrag im Lokale Deddinghaus. Unorganisierte mitbringen.

Duisburg. Sonntag, den 7. Mai, nachmittags 3½ Uhr in Dg.-Zentral im Eichenhaus, Großer Saal, Generalversammlung der Ortsverwaltung. Frauen willkommen. Vortrag der Frau Seimers-Heddingen und des Kollegen Wernerus-Duisburg.

Duisburg, Rheinhausen. Sonntag, den 28. Mai, abends 7½ Uhr Mittelglieder-Versammlung bei Reib.

Duisburg, Werdling. Sonntag, den 14. Mai, morgens 11 Uhr bei Schönl. „Zum Parlament“ Mitgliederversammlung.

Düsseldorf-Verwaltungsstelle. Sonntag, den 7. Mai, vormittags 11 Uhr im Paulushaus gemeinsame Mitglieder-Versammlung der gesamten Verwaltungsstelle.

Düsseldorf-Geerd. Sonntag, den 14. Mai, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Schönl. am Hundweiser.

Düsseldorf-Geier. Sonntag, den 14. Mai, vormittags 11 Uhr Versammlung bei Esser, Humboldtstraße.

Düsseldorf-Vilf. Samstag, den 20. Mai, abends 9 Uhr Versammlung bei Ringwasser, Viller-Allee.

Dortmund I. Samstag, den 6. Mai, abends 9 Uhr Versammlung im Christl. Gewerkschaftshaus, Westerblickstraße 62½.

Dortmund-Jugendabteilung. Sonntag, den 7. Mai, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Beraermann, Diermarchstraße. Unorganisierte Kameraden sollen zur Versammlung mitgebracht werden.

Dortmund-Wethmar. Sonntag, den 7. Mai, nachm. 4 Uhr Versammlung bei Hhöff.

Durlach. Samstag, den 6. Mai, abends 7½ Uhr Versammlung im Lokal um Bahnhof, Hauptstr. 71. Vollständiges Erscheinen Ehrenfache.

Eisenach. Samstag, den 6. Mai, abends 8½ Uhr Versammlung in der Stenba.

Eisen-Ortsverwaltung. Mittwoch, den 10. Mai, abends 8½ Uhr bei Hohl, Altendorferstraße 299, Vortragsabend mit dem Thema: „Die Grundbauteile der deutschen Wirtschaftspolitik“. Referent: Dr. Lothmann-Letterer aus M.-Gladbach. Vollständiges Erscheinen erwünscht.

Eisen. Freitag, den 5. Mai, abends 6 Uhr bei Wint. Altendorferstr. 299 Teilsprechstunde-Konferenz. Rein Vorstandsmittglied der Gesamtverwaltung darf fehlen, da äußerst wichtige Angelegenheiten zu beraten sind.

Eisen-Steele-Kraj. Samstag, den 6. Mai, abends 8½ Uhr in Steele bei Seeborn Mitgliederversammlung mit Vortrag des Kollegen Biemlich.

Eisen-Jugendsektion. Sonntag, den 7. Mai, nachm. 5 Uhr Zusammenkunft bei Wadner in Holsterhausen.

Eisen-Pöfthausen. Sonntag, den 7. Mai, vorm. 11 Uhr Mitgliederversammlung mit Vortrag eines auswärtigen Kollegen bei Wadner.

Eisen-Quittrop. Sonntag, den 7. Mai, vorm. 11 Uhr Mitgliederversammlung bei Stadtr. Quittrop, Steelerstraße.

Eisen-Vorbes-Schönebeck. Sonntag, den 7. Mai, vormittags 10½ Uhr Mitgliederversammlung bei Wdöf, Germaniaplatz.

Eisen-Votrop. Sonntag, den 7. Mai, nachm. 8½ Uhr Mitgliederversammlung bei Trogemann.

Erkersdorf. Freitag, den 12. Mai, abends 7 Uhr Versammlung bei Kowch.

Glanfeld. Samstag, den 6. Mai, abends 8 Uhr Versammlung bei Dahrerecht.

Gellingen. Samstag, den 6. Mai, abends 8 Uhr kombinierte Versammlung der verschiedenen Ortsgruppen bei Wolmer, früher Böing. Erscheinung Ehrenfache.

Halle a. d. S. Sonntagsabend, den 6. Mai, abends 8½ Uhr bei Schulte, Wänerhöhe 74 Versammlung mit Vortrag des Herrn Lehrer Dietrich über: „Die Bekämpfung der Schulliteratur.“

Hummerath. Sonntag, den 14. Mai, morgens 11 Uhr Generalversammlung mit Vorstandswahl.

Kempten. Sonntag, den 7. Mai, nachm. 5 Uhr Mitgliederversammlung bei Pösch, Engerstraße.

Karlruhe. Sonntag, den 7. Mai, vorm. 10 Uhr, Vorstands- und Vertrauensmännerkammer im Palmgarten.

Karlruhe. Samstag, den 13. Mai, abends 7¼ Uhr Versammlung mit Vortrag des Kollegen Finzer im Palmgarten. Sonntag, den 14. Mai, nachm. 1 Uhr Ausflug nach Ettlingen in die Linde. Treffpunkt Ecke Angarten u. Ettlingenstr.

Köln-Stadt. Samstag, den 6. Mai, abends punkt 9 Uhr Versammlung im Metrel.

Köln-Vindenhil. Samstag, den 6. Mai, abends 8½ Uhr im Lokale Edeker, Bagamerstr. 129 Versammlung aller christlich ovaantisierten Kollegen.

Köln-Chrenfeld. Samstag, den 6. Mai, abends punkt 9 Uhr Versammlung mit Vortrag des Kollegen Bülkens. Alle Kollegen müssen erscheinen.

Köln-Math-Heumar. Sonntag, den 14. Mai, morgens punkt 11½ Uhr bei Richl Versammlung mit Vortrag.

Köln-Schnellweide. Sonntag, den 7. Mai, morgens 11 Uhr im Lokale Groß Versammlung. Freunde unserer Sache willkommen.

Köln-Ralk. Sonntag, den 7. Mai, morgens punkt 11 Uhr Mitgliederversammlung bei Schorodt, Ralker Hauptstr. Wichtige Beratungen. Keiner darf fehlen.

Krefeld. Jeden Freitag Abend zwischen 7¼—10 Uhr Geschäftsstunde in der Reichshalle.

Lippstadt. Sonntag, den 7. Mai, nachm. 1½ Uhr Quartalsversammlung bei Motitor. Nachm. 3 Uhr Sozialequana nach Westerntolken. Familienangehörige und Freunde sind hierzu eingeladen.

Lippstadt-Lipperode. Samstag, den 6. Mai, abends 8 Uhr bei Butterwea.

Lippstadt-Stirpe. Samstag, den 13. Mai, abends 8 Uhr Versammlung bei Wörbhof.

Langendreer-Werne. Sonntag, den 7. Mai, 11½ Uhr Generalversammlung bei Wiesmann.

Landshut. Neben 4. Samstag im Monat, abends 7¼ Uhr Versammlung bei Weinmann.

Landshut a. Lech. Reise-Unterstützung wird ausbezahlt von 12—1 und von 7—8 Uhr bei Grüner b. Friedhofe.

Neckingen (Kreis Rees). Sonntag, den 14. Mai, nachmittags 4¼ Uhr öffentliche Gewerkschaftsversammlung bei Hartmann.

München. Dienstag, den 9. Mai, abends 8 Uhr im Gasthaus Leopoldstadt Delegierten- und Vertrauensmännerkammer. Vertrauensleute aller Branchen müssen unbedingt erscheinen. Samstag, den 13. Mai, abends 8 Uhr Monatsversammlung mit Vortrag über die Arbeiterfrage. Referent: Kollege Angeheuer.

Mülheim-Ehrum. Sonntag, den 21. Mai, morgens 11 Uhr Versammlung mit Vortrag im Lokale Johann Wed, Mülheimerstraße. Unorganisierte mitbringen.

Menden-Ortsverwaltung. Sonntag, den 7. Mai, vormittags 11 Uhr im „Deutschen Kaiser“ Generalversammlung. Vollständiges Erscheinen notwendig.

Münster. Samstag, den 6. Mai, Mitgliederversammlung im „Bollhof“, Peltnerstr. 18. Referent: Kollege Worms.

Neheim-Ortsverwaltung. Sonntag, den 7. Mai, nachmittags 2 Uhr Generalversammlung im Gesellenhaus. Quartalsabrechnung, Erhöhung des Lokalrücklags, Vortrag.

Neheim-Wilfede. Sonntag, den 7. Mai, nachmittags 5 Uhr Mitgliederversammlung.

Neheim-Hästen. Sonntag, den 7. Mai, vormittags 11½ Uhr Mitgliederversammlung bei Dame.

Nehe. Samstag, den 13. Mai, abends 7¼ Uhr Mitgliederversammlung bei Sommer.

Neer. Sonntag, den 7. Mai, abends 8 Uhr Versammlung bei 5. Hof. Alle erscheinen!

Neckinghausen. Donnerstag, den 11. Mai, abends punkt 7 Uhr Versammlung bei Wattenbauer.

Stuttgart. Samstag, den 6. Mai, abends 8 Uhr Versammlung mit Vortrag des Kollegen Gengler, im Königlichem König.

Strasing. Samstag, den 13. Mai, abends 8 Uhr im „München Hof“ Versammlung. Unorganisierte mitbringen.

Stettin. Samstag, den 14. Mai, nachm. punkt 4 Uhr Mitgliederversammlung bei Schulkowsky, Blumenstr. 12. Vollständig und pünktlich erscheinen.

Wasseraafingen. Sonntag, den 7. Mai, vorm. 11½ Uhr Mitgliederversammlung im „Lammer“. Auswärtiger Redner. Alle Kollegen müssen erscheinen.